

EP-F-01 Kapitel 3: Sichern, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verteidigen

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 31.08.2018

Text

1 Die Europäische Union hat Unglaubliches geleistet: Zum ersten Mal in der Geschichte unseres
2 Kontinents leben wir in einem gemeinsamen Raum des Rechts und nicht nach dem Prinzip „Recht
3 des Stärkeren“. Die EU hat schon viele Schritte für mehr Gleichberechtigung, für den Schutz
4 von Minderheiten und für ihre eigene Demokratisierung getan.

5 Europas Werte sind: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und
6 Menschenrechte. Dieses Fundament muss all die Bewohner*innen der Europäischen Union tragen.

7 Doch in den letzten Jahren und Monaten haben nationale und nationalistische, reaktionäre,
8 populistische und völkisch-rassistische Parteien die Grundprinzipien der Europäischen
9 Einigung angegriffen und ausgehöhlt. Sie hassen die liberale Demokratie. Und deshalb hassen
10 sie den Traum von einem Europa, das sich sozial erneuert, in dem Menschen sich frei begegnen
11 können, in dem nationale Kompetenzen gebündelt werden, um Freiheit, Sicherheit und Recht zu
12 gewährleisten.

13 Daher gilt es jetzt umso mehr, die Werte Europas zu verteidigen. Wenn nationale Regierungen
14 Rechte von Andersdenkenden mit Füßen treten und die Unabhängigkeit von Justiz oder Presse in
15 Frage stellen, stärken wir gezielt die demokratischen Kräfte in den betroffenen
16 Mitgliedstaaten. Wenn Mitgliedstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch Korruption
17 untergraben, soll die EU-Kommission den nationalen Regierungen die Kontrolle über die EU-
18 Gelder entziehen können. Wenn Menschen wegen ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer
19 Herkunft oder ihres Aussehens im Netz angegriffen werden, stellen wir Hasskommentare im
20 Internet EU-weit unter Strafe. Wenn Menschen sich aus Not in die Hände von Schleppern und
21 Schmugglern begeben müssen, schaffen wir legale Fluchtwege und ein Einwanderungsgesetz,
22 damit das Sterben auf dem Mittelmeer beendet und Einwanderung geordnet ermöglicht wird.

23 3.1. Grundrechte in der Europäischen Union sichern

24 Wir sind der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, Demokratie, Gleichheit,
25 Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der
26 Personen, die Minderheiten angehören, verpflichtet. Diese Kopenhagener Kriterien bilden das
27 Fundament der EU.

28 Wenn aber nationale Regierungen diese Rechte mit Füßen treten und immer autoritärer werden,
29 Pressefreiheit einschränken, Minderheiten schikanieren, die Unabhängigkeit der Justiz oder
30 die Freiheit der Künste aufheben, dann steht die EU häufig nur ratlos daneben.

31 Wir müssen daher die demokratischen Kräfte in den betroffenen Mitgliedstaaten stärken.
32 Entsprechend wollen wir die Möglichkeiten der EU erweitern. Dafür gibt es nicht die eine
33 Antwort, sondern es braucht ein Paket an Maßnahmen. Wir schlagen daher folgende Punkte zur
34 Stärkung von Demokratie und Freiheit in der Europäischen Union vor:

35 Die Europäische Grundrechtecharta verbindlich machen

36 Unser langfristiges Ziel ist es, dass alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger die gleichen
37 einklagbaren Grundrechte bekommen, um ihre Grundrechte und die Demokratie in allen
38 Mitgliedsländern besser verteidigen zu können. Die bestehende Grundrechtecharta der EU
39 beinhaltet grundlegende politische Freiheiten und demokratische Prinzipien, ebenso wie

40 moderne Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel auf Zugang zu guter
41 Gesundheitsversorgung und guter Bildung. Derzeit gilt die Grundrechtecharta allerdings nur
42 für europäische Gesetze. Für nationale Gesetze gelten die Grundrechte des jeweiligen Landes.
43 Deswegen konnte die Europäische Kommission beispielsweise bei der Einschränkung der
44 Pressevielfalt durch die Regierung von Viktor Orbán in Ungarn nicht angemessen agieren.

45 Der Anwendungsbereich der Grundrechtecharta muss deshalb auch auf die nationale Gesetzgebung
46 ausgeweitet werden. Damit könnten alle Bürgerinnen und Bürger die in der Charta enthaltenen
47 Grundrechte und demokratischen Prinzipien gegenüber ihren jeweiligen Nationalstaaten
48 einklagen. Das würde sie massiv stärken und die Möglichkeiten verbessern, Demokratie und
49 Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen, gerade in den Ländern, in denen diese Prinzipien
50 angegriffen werden.

51 Unabhängige Prüfung von Demokratie und Menschenrechten in den EU-Mitgliedstaaten

52 Der Übergang von legitimen Maßnahmen zu Verletzungen demokratischer Prinzipien oder gar
53 systematischen Menschenrechtsverletzungen ist nicht immer einfach festzustellen. Der EU
54 fehlt es bislang sowohl an klaren Kriterien als auch an Strukturen dafür. Deswegen brauchen
55 wir ein unabhängiges Gremium aus Verfassungsexpert*innen, das alle Mitgliedsländer
56 regelmäßig auf die Einhaltung demokratischer Grundsätze hin überprüft. Wir schlagen dafür
57 eine „Kopenhagen-Kommission“ vor. Sie soll Kriterien für die Überprüfung auf Grundlage der
58 in Artikel 2 des EU-Vertrages verankerten Prinzipien wie Achtung der Menschenwürde,
59 Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte
60 entwickeln. Das Gremium soll durch die nationalen Parlamente sowie das Europaparlament
61 besetzt werden.

62 Die „Kopenhagen-Kommission“ soll weisungsunabhängig und kontinuierlich alle Mitgliedsländer
63 überprüfen und einmal jährlich über jedes Land berichten. Die Ergebnisse werden im
64 Europaparlament, im Europäischen Rat und in den nationalen Parlamenten diskutiert. Bei
65 akuten und gravierenden Verletzungen von demokratischen Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit
66 durch einzelne nationale Gesetze erstellt die Kommission Ad-hoc-Berichte und schlägt der
67 Europäischen Kommission Sanktionsmöglichkeiten wie Geldstrafen vor.

68 Fördermittel an die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundwerte binden

69 Derzeit hat die EU gegenüber Mitgliedsländern bei erheblichen Verletzungen von
70 demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien nur die Möglichkeit, ein Verfahren
71 einzuleiten, das in letzter Instanz zu einem Stimmentzug dieses Mitgliedslandes führen kann.
72 Wir fordern für die EU weitere Möglichkeiten, auf entsprechende Probleme zu reagieren. Dazu
73 schlagen wir vor, bei der Vergabe von europäischen Fördermitteln anzusetzen, denn
74 europäische Ausgaben müssen auch europäischen Werten folgen.

75 Ein Entzug von Fördermitteln könnte jedoch die breite Bevölkerung treffen und nicht nur die
76 Regierungen, die demokratische Prinzipien verletzt haben. Deshalb sollten die Gelder nicht
77 einfach dem betroffenen Mitgliedsland an sich gestrichen werden. Stattdessen sollen die
78 Mittel im Fall einer Verletzung von demokratischen Prinzipien direkt von der EU-Kommission
79 an Kommunen oder andere Antragsteller*innen vergeben werden. So kann das Geld weiterhin dort
80 ankommen, wo es gebraucht und sinnvoll verwendet wird, aber die Vergabemacht läge nicht mehr
81 bei den nationalen Regierungen.

82 Keine Fördermittel ohne Kooperation bei der Kontrolle

83 Korruption untergräbt Demokratie und Rechtsstaat. Um unter anderem Korruption bei der
84 Vergabe von europäischen Mitteln besser auf die Schliche zu kommen, hat die Europäische
85 Union endlich eine Europäische Staatsanwaltschaft eingerichtet. Allerdings wollen sich nicht

86 alle Mitgliedstaaten vom Europäischen Staatsanwalt über die Schulter schauen lassen. Aber
87 wir sagen: Wer Gelder von der EU haben möchte, muss auch Kontrollen über die rechtmäßige
88 Verwendung zulassen und dafür mit der Europäischen Staatsanwaltschaft kooperieren. Wenn ein
89 Mitgliedsland dies nicht tut, können dort nur Fördermittel an jene Akteure ausgezahlt
90 werden, die eine Überprüfung durch die Europäische Staatsanwaltschaft zulassen.

91 Whistleblower schützen

92 Menschen, die sich trauen, Korruption offenzulegen, müssen besser geschützt werden. Daher
93 ist der Schutz von Hinweisgebern (Whistleblowern) nicht nur im Bereich der EU-Finzen
94 nötig, sondern muss auch bei anderen illegalen Machenschaften gelten. Auf Druck der Grünen-
95 Fraktion im Europaparlament hat die Europäische Kommission einen Vorschlag gemacht, um
96 europaweit Whistleblower besser zu schützen, die im allgemeinen Interesse der Bevölkerung
97 Missstände aufdecken und dazu zum Beispiel Betriebsgeheimnisse preisgeben müssen. Nun gilt
98 es, daraus auch ein Gesetz zu machen, inklusive eines europäischen Zeugenschutzprogramms, um
99 Whistleblower vor Racheakten zu schützen.

100 Unterstützung von Zivilgesellschaften in der EU

101 In vielen Ländern schränken Regierungen den Einfluss und Handlungsspielraum
102 zivilgesellschaftlicher Initiativen, von Künstler*innen und Journalist*innen systematisch
103 ein. Doch Demokratie kann ohne eine aktive politische Zivilgesellschaft nicht funktionieren.

104 Um den Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume („shrinking spaces“)
105 entgegenzutreten, ist ein Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsverteidiger*innen
106 innerhalb der EU sinnvoll. So können jene, die sich hier für Demokratie einsetzen,
107 unterstützt werden.

108 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 109 • die Anwendbarkeit der EU-Grundrechtecharta auf nationale Gesetze,
- 110 • die systematische Prüfung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in allen EU-
111 Mitgliedstaaten,
- 112 • schärfere Maßnahmen gegen Korruption und bei Missachtung der europäischen Werte,
- 113 • ein europäisches Whistleblower-Schutz-Gesetz,
- 114 • einen Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsaktivist*innen in der EU.

115 3.2 Europäische Demokratie stärken

116 Wir wollen die Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene noch demokratischer machen, das
117 Parlament stärken und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger verbessern.

118 So ist das Europäische Parlament direkt gewählt, jedoch dem Europäischen Rat und dem
119 Ministerrat noch immer nicht in allen Politikfeldern gleichgestellt, zum Beispiel in der
120 Steuerpolitik oder der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Das muss sich dringend ändern:
121 Das Europäische Parlament soll in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden
122 können. Langfristig treten wir dafür ein, den Rat in eine zweite Kammer zu überführen, die
123 aus den Regierungen der Mitgliedstaaten zusammengesetzt ist. Diese zweite Kammer bildet
124 zusammen mit dem Europäischen Parlament die Legislative.

125 Wir wollen für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch per
126 Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, Mehrheitsentscheidungen einführen. Das betrifft

127 hauptsächlich die Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sowie die Steuerpolitik. Damit
128 stärken wir Europas Handlungsfähigkeit und verhindern, dass einzelne Mitgliedsländer
129 grundlegende Entscheidungen, zum Beispiel in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik,
130 blockieren können.

131 Während das Europaparlament im Plenum und in den Ausschüssen öffentlich tagt, ist der Rat
132 trotz Verbesserungen noch immer eine Art „Black Box“: Es ist kaum nachvollziehbar, welches
133 Mitgliedsland sich dort wie positioniert. Hier wollen wir mehr Transparenz, so dass alle
134 Mitgliedsländer offenlegen müssen, wofür sie in Brüssel eintreten.

135 Mehr Transparenz braucht es ebenso bei den Interessenvertreter*innen, die in Brüssel aktiv
136 sind. Zwar besitzen das Europäische Parlament und die EU-Kommission im Gegensatz zum
137 Bundestag ein Lobbyregister, aber dieses ist noch nicht ausreichend verbindlich. Hier werden
138 wir uns weiter hartnäckig für die größtmögliche Transparenz einsetzen.

139 Demokratie bedeutet: Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Die Europäische
140 Bürgerinitiative (EBI) gibt ihnen die Möglichkeit, durch 1 Million Unterschriften neue EU-
141 Gesetze anzustoßen. Der Vertrag von Lissabon geht damit den ersten kleinen Schritt zu
142 direkter Demokratie in Europa. Wir wollen dieses Instrument zur Teilhabe stärken, ausbauen
143 und entbürokratisieren. Vor allem wollen wir dafür sorgen, dass erfolgreiche Europäische
144 Bürgerinitiativen nicht wirkungslos verpuffen. Sollte die EU-Kommission nicht innerhalb
145 eines Jahres nach einer erfolgreichen Bürgerinitiative einen Gesetzesvorschlag vorlegen,
146 kann das Europäische Parlament den Druck mit einem legislativen Initiativbericht erhöhen.

147 Auch Jugendliche ab 16 Jahren sollen bei einer Europäischen Bürgerinitiative mitstimmen
148 dürfen.

149 Wir unterstützen weiterhin das Prinzip der europäischen Spitzenkandidat*innen und
150 transnationalen Listen. Sobald die Möglichkeit einer transnationalen Liste besteht, sollten
151 die Spitzenkandidat*innen eine europäische Parteiliste anführen. Zugleich halten wir an der
152 Position fest, dass Präsidentin oder Präsident der Europäischen Kommission nur werden kann,
153 wer zuvor als Spitzenkandidat angetreten war.

154 Wir wollen die Kontrollrechte des Europaparlaments stärken. Dazu braucht es das Recht,
155 Zeugen und Gesprächspartner vorzuladen, damit willkürliche Absagen zu Parlamentsanhörungen
156 aufhören. Außerdem muss das Plenum des Europaparlaments über die Einrichtung eines
157 Untersuchungsausschusses abstimmen, wenn 25 % der Mitglieder es verlangen.

158 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 159 • eine Stärkung des Europäischen Parlaments,
- 160 • mehr Transparenz und Abstimmung nach Mehrheitsprinzip im Europäischen Rat,
- 161 • ein verbindliches Lobbyregister,
- 162 • mehr direkte Demokratie durch die Aufwertung der Europäischen Bürgerinitiative.

163 3.3 Einwanderung gestalten, Flüchtlinge schützen

164 Europa war und ist ein Kontinent der Migration. Menschen sind seit Jahrhunderten innerhalb
165 Europas von einem in ein anderes Land gezogen, haben den Kontinent verlassen, sind von hier
166 geflohen oder haben ihn neu bereichert. Der Abbau der Grenzen innerhalb Europas und das
167 Recht auf Freizügigkeit war und ist eine der größten Errungenschaften, denn der Wohlstand
168 der Europäischen Union beruht nicht nur auf der Freiheit von Waren, Dienstleistungen und

169 Kapital. Essenziell für das Zusammenwachsen Europas war stets die Freizügigkeit der
170 Arbeitnehmer*innen. Möglich wurde dies, weil Europa früh Beschränkungen und bürokratische
171 Hindernisse abgebaut hat, um die Migration auf dem Arbeitsmarkt zu begünstigen, unter
172 anderem dadurch, dass Familienmitglieder von Arbeitnehmer*innen selbstverständlich die
173 gleichen Rechte wie Inländer*innen erhalten.

174 Doch wir haben die letzten Monate vor dem Hintergrund der globalen Fluchtbewegungen erleben
175 müssen, dass diese Errungenschaften keine Selbstverständlichkeiten sind. Sie zu erhalten und
176 gegen eine Rückkehr ins Nationale zu verteidigen, ist eine unserer zentralen Aufgaben. Zu
177 einer humanitären und geordneten Migrations- und Asylpolitik sollten alle EU-Staaten
178 beitragen.

179 Zugleich darf die Freiheit innerhalb Europas nicht zu einem Bollwerk nach außen werden. Bis
180 heute haben die EU-Mitgliedstaaten keine überzeugende gemeinsame Antwort auf Migration und
181 Flucht gegeben. Tagtäglich ertrinken Menschen bei der Fahrt über das Mittelmeer. Wir haben
182 schon vor Jahren festgestellt, dass das Dublin-System, wonach Asylsuchende in dem Land Asyl
183 beantragen müssen, das sie zuerst betreten haben, ungerecht und gescheitert ist. So ist es
184 im September 2015 auch gekommen.

185 Dieses System gilt jedoch noch immer. Damit wird die Verantwortung aber weiter einseitig auf
186 die Länder an den südlichen und östlichen Außengrenzen der EU abgewälzt, statt eine faire
187 Verteilung der Geflüchteten in Europa zu organisieren.

188 Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre Verantwortung, das Grundrecht
189 auf Asyl und die Notwendigkeit, Verfahren zügig und geordnet durchzuführen, zusammenbringt.
190 Ein Europa, das Menschen, die vor Krieg, Hunger, Verfolgung und Gewalt fliehen müssen,
191 Schutz gewährt, anstatt sich mit Hilfe von Autokratien und Militärdiktaturen abzuschotten.
192 Ein Europa, das legale Fluchtwege und Einwanderungsmöglichkeiten bietet. Ein Europa, das
193 Asylsuchenden ein faires Verfahren garantiert und seine Grenzen kontrolliert. Ein Europa,
194 das Fluchtursachen und nicht Flüchtlinge bekämpft. Ein Europa, das das Sterben im Mittelmeer
195 beendet.

196 Das Recht auf Asyl ist nicht verhandelbar. Auch wenn nicht alle, die kommen, bleiben können.
197 Auf dieser Grundlage setzen wir uns für einen gemeinsamen Aufbruch einer humanitären
198 Koalition von Mitgliedstaaten und Kommunen ein, die gemeinsam die Ärmel hochkrepeln und
199 sich solidarisch an der Aufnahme von Geflüchteten beteiligen wollen.

200 Europäisches Einwanderungsgesetz für legale (Arbeits-)Migration

201 Bis heute sind Europäer*innen diejenigen, die am wenigsten Hürden erleben, wenn sie
202 auswandern wollen. Aber in die EU einzuwandern, ist für viele quasi unmöglich.
203 Arbeitsmigration ist jedoch nicht nur eine Realität, sondern in Zeiten des Fachkräftemangels
204 auch eine Notwendigkeit für Staaten wie Deutschland. Ein europäisches Einwanderungsgesetz
205 mit gemeinsamen Rahmenregelungen für sichere und legale Einwanderung in die EU soll dabei
206 helfen, gleiche Standards in Europa für die Zuwanderung von Menschen mit verschiedenen
207 Qualifikationsniveaus und deren Familien zu etablieren. Bei der Ausgestaltung der Regelungen
208 geht es uns darum, die vielfältigen Chancen der Migration für Migrant*innen, Ursprungs- und
209 Empfängerländer zu nutzen. Da bislang nur ein europäisches System der Arbeitsmigration für
210 Hochqualifizierte besteht, gehen jedoch auch potenzielle Migrant*innen den Weg über das
211 Asylsystem und scheitern.

212 Legale Fluchtwege schaffen

213 Wer verhindern will, dass sich Schlepper an der Not von Geflüchteten bereichern, die
214 angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der Flucht übers Mittelmeer aufs

215 Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchtalternativen schaffen. Wir wollen, dass Menschen
216 nicht länger lebensgefährliche Fluchtwege nach Europa auf sich nehmen müssen. Die EU-
217 Mitgliedstaaten können Geflüchteten Schutz und eine verlässliche Perspektive sowie
218 Planbarkeit für die aufnehmenden Länder bieten. Und es ist allein eine Frage des politischen
219 Willens, die Länder an den EU-Außengrenzen endlich zu entlasten. Dafür sind
220 Familienzusammenführungen sowie großzügige und verlässliche Aufnahmekontingente nötig,
221 insbesondere über das Resettlement-Programm des UNHCR oder über humanitäre Visa. Über diese
222 beiden Programme können Menschen auf der Flucht, zum Beispiel aus UN-Flüchtlingslagern in
223 Jordanien, dem Libanon oder der Türkei, in festen Kontingenten in Deutschland und anderen
224 EU-Mitgliedstaaten geordnet Schutz finden.

225 Seenotrettung gegen das Sterben im Mittelmeer

226 Das tausendfache Sterben im Mittelmeer muss beendet werden. Es ist eine unerträgliche
227 Schande, dass tausende Menschen auf der Flucht nach Europa ertrinken und sogar in der EU
228 Rettungsbooten der seerechtlich garantierte sichere Hafen verweigert wird.
229 Zivilgesellschaftliche Seenotrettungs- und Flüchtlingsorganisationen, die dort einspringen,
230 wo der Staat versagt oder seine Schutzpflicht sogar wissentlich verweigert, dürfen nicht
231 kriminalisiert werden. Wer Flüchtlinge aus Seenot rettet, muss die Gewissheit haben, dafür
232 nicht bestraft zu werden, denn er handelt im Einklang mit See- und Völkerrecht. Gleichzeitig
233 sind wir überzeugt, dass Seenotrettung eine staatliche Aufgabe ist. Wir fordern, dass die EU
234 ihre humanitären Pflichten endlich wahrnimmt, ein europäisch organisiertes und finanziertes
235 ziviles Seenotrettungssystem aufbaut und sich an das völkerrechtlich verbrieftes
236 Nichtzurückweisungsgebot hält.

237 Europäische Grenz- und Asylbehörde schaffen und Menschen human erstunterbringen

238 Zentraler Bestandteil einer menschenrechtlichen, humanen und geordneten Flucht- und
239 Migrationspolitik ist, dass die EU-Außengrenzen kontrolliert und Asylsuchende dort
240 zuverlässig registriert und erstversorgt sowie die Daten abgeglichen werden. Denn
241 Voraussetzung für einen solidarischen Verteilmechanismus und für die Freiheit im Inneren
242 ist, dass wir wissen, wer zu uns in die EU kommt. Auch um zu verhindern, dass mögliche
243 Terrorist*innen oder Straftäter*innen untertauchen. Aber Grenzkontrolle darf nicht heißen:
244 Niemand kommt mehr rein.

245 Wir wollen ein europäisches Grenzkontrollregime, das auf dem gemeinsamen Schutz der
246 Menschenrechte basiert und das Vertrauen in das Schengen-System stärkt, anstatt einer
247 einseitigen Aufrüstung von Frontex. Parallel dazu muss die EU-Asylbehörde EASO in ihren
248 Befugnissen so erweitert werden, dass sie gemeinsam mit den Mitgliedstaaten für eine
249 schnelle Registrierung, eine humane Erstunterbringung mit medizinischer Versorgung und die
250 anschließende schnelle und faire Verteilung sorgt. Sie muss die gemeinsamen europäischen
251 Asylregeln gegenüber allen Mitgliedstaaten durchsetzen.

252 Essenziell dafür ist eine wirklich umfassende finanzielle, infrastrukturelle und personelle
253 Ausstattung dieser europäischen Erstaufnahmeeinrichtungen, damit nach einer umfassenden
254 Erstversorgung und Registrierung die Menschen auf Grundlage des Verteilungsmechanismus in
255 die anderen EU-Staaten weitergebracht werden. Zustände wie in den Hot Spots auf Lesbos sind
256 mit den Werten Europas nicht vereinbar und müssen dringend beendet werden, indem Menschen
257 aus diesen Lagern in EU-Staaten aufgenommen werden.

258 Abgesperrte Massenlager in der EU und europäische Außenlager in Drittstaaten lehnen wir
259 ebenso ab wie Abschottungs-Abkommen, mit denen Menschen in Drittstaaten zurückgeschickt
260 werden, die die Menschenrechte und internationales Recht mit Füßen treten. Dem Umbau des

261 Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zu einem Programm zum Abbau von
262 Flüchtlingsrechten treten wir entschieden entgegen.

263 Ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einem solidarischen Verteilmechanismus
264 voranbringen

265 Zu einer humanitären und geordneten Migrationspolitik sollten alle EU-Staaten beitragen. Das
266 Dublin-System schiebt derzeit die Verantwortung einseitig auf Spanien, Italien, Malta und
267 Griechenland ab und hat ein gemeinsames Vorgehen in Europa unmöglich gemacht. Eine Reform
268 dieses Systems und ein fairer und solidarischer Verteilungsmechanismus sind deshalb
269 überfällig und wurden vom Europäischen Parlament längst beschlossen. Die Ministerinnen und
270 Minister der Mitgliedstaaten im Rat der EU müssen für diese Beschlüsse nun endlich den Weg
271 frei machen und ebenfalls zustimmen. Gleichzeitig gilt aber auch: Wenn sich nicht alle EU-
272 Staaten auf ein einheitliches Vorgehen bei der Asyl- und Migrationspolitik einigen können,
273 müssen die Länder, die die Notwendigkeit eines menschenrechtskonformen und geordneten
274 Systems erkannt haben, vorangehen. Für Kommunen, die Flüchtlinge aufnehmen möchten, fordern
275 wir Direkthilfen der EU.

276 Viele regionale und kommunale Behörden sind mit einer Fülle von konkreten Herausforderungen
277 konfrontiert: Unterbringung, soziale Integration, medizinische Versorgung und Bildung. Dies
278 spiegelt sich bisher nicht angemessen in den Fördermöglichkeiten, die die EU im Rahmen des
279 Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) zur Verfügung stellt, wider. Die EU sollte
280 daher Kommunen und Regionen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten direkt mit
281 einem kommunalen Integrationsfonds unterstützen. Eine besondere Unterstützung sollten dabei
282 die Städte und Kommunen erhalten, die sich direkt an dem europäischen Verteilmechanismus
283 beteiligen.

284 Grundlage dafür müssen gemeinsame europäische Asylstandards sein, die nicht unter dem
285 Existenzminimum in den jeweiligen EU-Ländern liegen dürfen.

286 Freiwillige Ausreise stärken – Spurwechsel ermöglichen

287 Diejenigen, deren Asylanträge abgelehnt werden und bei denen kein anderer Grund gegen eine
288 Rückkehr spricht, müssen Europa auch wieder zügig verlassen. Dazu sollten europaweit
289 freiwillige Ausreisen stärker unterstützt werden. Beim Abschluss von Rückführungsabkommen
290 wollen wir denjenigen Ländern im Gegenzug Unterstützungen anbieten, die ihre Staatsbürger
291 schnell und unbürokratisch wieder aufnehmen. Das ist der erfolgreichere Weg, als darauf zu
292 bestehen, dass diese Länder zusätzlich zu ihren eigenen Staatsbürger*innen auch sogenannte
293 Drittstaatler*innen zurücknehmen, also Menschen, die auf ihrem Weg das Land lediglich
294 durchquert haben. Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan lehnen wir ab. Menschen,
295 die bereits in Europa sind und die in Beschäftigung stehen, sollen im Rahmen eines
296 Spurwechsels ins europäische Einwanderungssystem wechseln und hier bleiben können.

297 Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Menschen auf der Flucht

298 Die beste Flüchtlingspolitik ist für uns diejenige, die dafür sorgt, dass weniger Menschen
299 auf der Welt gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Auch wir in Europa wollen dazu mehr
300 beitragen. Viele Ursachen der Flucht liegen nicht in unseren Händen. Oft stehen korrupte und
301 rücksichtslose Eliten einer nachhaltigen Entwicklung in den Herkunftsländern im Weg. Doch es
302 gibt auch Ursachen für Flucht, an denen wir in Europa sehr wohl beteiligt sind. Sie haben
303 mit der Art, wie wir konsumieren, wirtschaften und handeln, zu tun.

304 Wir stehen deshalb für eine Handelspolitik, die fair, ökologisch und gerecht gestaltet ist
305 und Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen die Entwicklung der Wirtschaft
306 in den Partnerländern fördern, anstatt sie auszubeuten, und wollen wirkungsvoll gegen den

307 Landraub internationaler Konzerne vorgehen. Wir unterstützen die ärmsten Staaten beim
308 Klimaschutz sowie bei der Anpassung an Klimaveränderungen und treten für eine ökologische
309 Agrarwende und ökologisch-gerechte Fischereiverträge ein. Außerdem gehören europäische
310 Billigexporte in Entwicklungs- und Schwellenländer gestoppt, genauso wie Rüstungs- und
311 Waffenexporte in Kriegs- und Krisengebiete. All das bekämpft Fluchtursachen wirklich und
312 hilft den Menschen vor Ort.

313 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 314 • ein europäisches Einwanderungsgesetz, das legale Migration ermöglicht,
- 315 • einen europäischen Integrationsfonds, der Kommunen und Regionen unterstützt,
- 316 • ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einem fairen und solidarischen
317 Verteilungsmechanismus,
- 318 • ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem.

319 3.4 Ein Europa der Gleichberechtigung schaffen

320 Wir wollen, dass Frauen gleichberechtigt und selbstbestimmt alle gesellschaftlichen Bereiche
321 gestalten können. Die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Selbstbestimmung ist lange
322 Zeit durch Vorgaben aus Europa gestärkt und befördert worden. Dennoch ist noch einiges zu
323 tun, um Europa zu einem Kontinent der wirklichen Gleichberechtigung zu machen.

324 Doch aktuell werden diese Errungenschaften massiv in Frage gestellt. In Polen will die
325 rechtskonservative Regierung das sehr restriktive Abtreibungsrecht noch weiter verschärfen.
326 In Ungarn soll nach dem Willen der Orbán-Regierung die Geschlechterforschung an
327 Universitäten verboten werden. Und in ganz Europa vernetzen sich antiemanzipatorische
328 Gruppierungen, um Kampagnen gegen legale Schwangerschaftsabbrüche, Sexualaufklärung und
329 Gleichberechtigung zu starten.

330 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

331 Immer noch haben Frauen durchschnittlich weniger Geld und damit weniger Macht als Männer.
332 Sie werden für gleichwertige Tätigkeiten schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen.
333 Viele Frauen arbeiten in Berufen, die finanziell viel zu gering entlohnt werden, etwa in der
334 Pflege oder der Kinderbetreuung. In Deutschland klaffen die Löhne weiter auseinander als in
335 allen anderen europäischen Staaten.

336 Um das zu ändern, fordern wir eine europaweite Richtlinie, die Kriterien für die
337 Vergleichbarkeit von Arbeitsplätzen festlegt und Transparenz über Löhne und Gehälter für
338 alle schafft. Für Betroffene von Diskriminierung fordern wir die Möglichkeit, mit der
339 Unterstützung von Verbänden und Gewerkschaften klagen zu können. So wären die Frauen nicht
340 mehr auf sich allein gestellt, wenn sie vor Gericht ziehen müssen. Wir wollen die
341 Einflussnahme von Frauen in Macht- und Führungspositionen stärken und unterstützen den
342 Vorschlag der EU-Kommission für eine Frauenquote in den Aufsichtsräten großer Firmen. Wir
343 wollen gleichzeitig auch dafür sorgen, dass die Führungsgremien der EU-Institutionen
344 verpflichtend paritätisch besetzt werden.

345 Für sexuelle Selbstbestimmung, Schutz vor Gewalt und Ausbeutung

346 Wir kämpfen in ganz Europa für die Selbstbestimmung der Frauen über ihren eigenen Körper und
347 ihre Sexualität. Solidarisch stehen wir an der Seite all derjenigen, die – wie in Polen –
348 gegen rechtskonservative Kräfte kämpfen, die legale Schwangerschaftsabbrüche massiv

349 einschränken oder gar abschaffen wollen. Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung,
350 selbstbestimmte Familienplanung und Zugang zu sicherer Verhütung muss für alle
351 sichergestellt sein.

352 Erstmals gibt es für den europäischen Raum ein völkerrechtlich bindendes Instrument zur
353 umfassenden Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen: die Istanbul-Konvention. Das ist eine große
354 Errungenschaft der EU, mit der überall in Europa der Schutz vor Gewalt verbessert werden
355 kann. Wir setzen uns dafür ein, dass diese wichtige Vereinbarung konsequent in den EU-
356 Staaten umgesetzt und eingehalten wird.

357 Darüber hinaus fordern wir eine Richtlinie gegen Gewalt an Frauen, die konkrete Ziele
358 vorgibt, damit Frauen und Mädchen besser geschützt werden. Die EU sollte bestehende
359 Förderprogramme für Hilfs- und Beratungsangebote aufstocken, damit Frauenhäuser ausreichend
360 finanziert sind.

361 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und der Ausbeutung von Arbeitskraft muss
362 in Europa konsequent und wirkungsvoll bekämpft werden: mit Hilfe des Strafrechts, durch
363 Information und Beratung, durch die konsequente Durchsetzung der Arbeits- und Sozialrechte
364 der Betroffenen sowie durch Schutz und Hilfe für die Opfer. Diese dürfen nicht einfach in
365 ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, sondern brauchen Schutzprogramme und ein
366 dauerhaftes Bleiberecht. Nur so können wir die Anzeige- und Aussagebereitschaft deutlich
367 erhöhen und damit Menschenhandel effektiv bekämpfen.

368 Gleichberechtigungs-Check im EU-Haushalt

369 In einem Europa der Gleichberechtigung sollen Frauen und Männer zu gleichen Teilen von
370 europäischen Geldern profitieren. Damit das sichergestellt wird, braucht es einen
371 „Gleichberechtigungs-Check“ des jährlichen EU-Haushalts, also ein Gender-Budgeting. Um
372 gleichberechtigte Lebensverhältnisse erreichen zu können, bedarf es einer verlässlichen
373 wissenschaftlichen Grundlage zu Antidiskriminierungspolitik und geschlechtsspezifischen
374 Aspekten in allen Politikfeldern. Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen muss
375 dafür besser finanziert werden.

376 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 377 • gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit,
- 378 • Schutz vor sexualisierter Gewalt für alle Frauen und Kinder,
- 379 • sexuelle Selbstbestimmung von Frauen.

380 3.5 Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und Queer* Menschen (LSBTIQ*)
381 stärken

382 Wir treten für ein Europa ein, in dem jeder Mensch frei leben kann – unabhängig von
383 sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität.

384 Nach jahrzehntelangem Kampf für die „Ehe für alle“ dürfen in Deutschland und einigen anderen
385 EU-Ländern nun endlich gleichgeschlechtliche Paare heiraten. Obwohl vielerorts
386 Gleichberechtigung auf dem Papier besteht, werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen
387 Orientierung und Geschlechtsidentität immer noch abgewertet oder benachteiligt.
388 Rechtsnationale Kräfte versuchen, in ihrem Kampf gegen eine demokratische und freie
389 Gesellschaft autoritäre und patriarchale Wertvorstellungen wieder zum Gesellschaftsideal zu
390 machen. Der Schutz von Minderheiten gehört jedoch zu den Grundwerten der Europäischen Union.

391 Wir stehen in ganz Europa an der Seite der LSBTIQ* und stellen uns den Angriffen gegen ihre
392 Gleichberechtigung entgegen.

393 In einigen EU-Mitgliedstaaten gelten sogenannte „Anti-Propaganda“-Gesetze, die
394 Diskriminierung und Hass gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und
395 Queer*Menschen befördern, indem etwa im Schulunterricht nicht mehr über Sexualität und
396 Homosexualität gesprochen werden darf. In Ungarn gibt es staatlich orchestrierte Angriffe
397 auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich mit Diskriminierung aufgrund von
398 sexueller und geschlechtlicher Identität befassen.

399 Wir packen die bestehenden Probleme an und stocken die Mittel für Aufklärungsarbeit und das
400 „Programm für die Förderung von Vielfalt“ auf.

401 Wir fordern eine europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und
402 Regenbogenfamilien und die damit verbundene Anerkennung ihrer Rechte. Der Europäische
403 Gerichtshof hat im Frühjahr 2018 geurteilt, dass ein in einem Mitgliedland anerkanntes
404 eingetragenes Paar auch in einem anderen als solches anerkannt werden muss. Jetzt gilt es,
405 diese Rechtsprechung auch in allen Mitgliedsländern durchzusetzen.

406 Innerhalb der EU gibt es aber auch Positivbeispiele, von denen wir lernen können. In Ländern
407 wie Irland, Malta und Dänemark können Trans*Personen eine Anpassung der
408 Geschlechtszugehörigkeit vornehmen, ohne sich einem entwürdigenden Gutachten zu unterziehen.

409 Wir wollen, dass in allen EU-Staaten Vornamen- und Personenstandsänderungen durch einen
410 unkomplizierten Verwaltungsakt ermöglicht werden. Eine Geschlechtszugehörigkeit kann
411 schließlich nur von den betreffenden Menschen selbst festgelegt werden.

412 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 413 • mehr Geld für das „Programm für die Förderung von Vielfalt“,
- 414 • die europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und Regenbogenfamilien,
- 415 • eine einfache Änderung des Personenstandes bei Anpassung der Geschlechtszugehörigkeit,
- 416 • den Wegfall von entwürdigenden Gutachten bei der Geschlechtsanpassung.

417 3.6 Menschenfeindlichkeit bekämpfen

418 Europa zeichnet sich durch Diversität und ein Miteinander verschiedener Religionen,
419 Sprachen, Kulturen und Bräuche aus. Um noch besser zusammenzuwachsen, müssen wir stärker
420 gegen Hass und Menschenfeindlichkeit gegenüber bestimmten Gruppen vorgehen.

421 Niemand darf in Europa für seine Herkunft, sein Aussehen oder seinen Glauben diskriminiert
422 oder angefeindet werden. Das ist auch durch die Europäische Grundrechtecharta verboten. Aber
423 die Realität sieht anders aus: In den letzten Jahren steigen in einigen Mitgliedstaaten
424 körperliche und verbale Angriffe auf Minderheiten und Einzelpersonen wieder. Die EU muss
425 deshalb die Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärker voranbringen.

426 Rassismus nimmt zu. Menschen werden aufgrund ihrer Hautfarbe im öffentlichen Raum
427 angefeindet und angegriffen. Wir stellen uns dem entgegen und streiten für ein
428 demokratisches Miteinander.

429 Durch Antisemitismus im Alltag fühlen sich viele Jüdinnen und Juden in europäischen Ländern
430 nicht mehr sicher. „Nie wieder“ lautet das Versprechen, dem sich Europa nach dem Zweiten

431 Weltkrieg und der massenhaften Ermordung der jüdischen Bevölkerung Europas verpflichtet hat.
432 „Nie wieder“ soll Leitbild für Europas Zukunft sein.

433 Jede Art von Antisemitismus muss bekämpft werden. Der Schutz vor antisemitischer Gewalt ist
434 eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sollte nicht auf die Betroffenen abgeschoben
435 werden. Darum dürfen auch die Kosten für die Sicherheit jüdischer Einrichtungen von
436 Mitgliedstaaten nicht auf die jüdischen Gemeinden abgewälzt, sondern müssen staatlich
437 finanziert werden.

438 2017 gab es allein in Deutschland fast 1.500 antisemitische und mehr als 1.000
439 antimuslimische Straftaten. Es werden zum Beispiel Frauen mit Kopftuch im öffentlichen Raum
440 angegriffen. Antimuslimischer Rassismus insgesamt ist dabei keine gesellschaftliche
441 Randerscheinung, sondern findet sich auch in der Mitte der Gesellschaft.
442 Rechtspopulist*innen nutzen dieses „Feindbild Muslime“ für ihre Zwecke. Wir stellen uns
443 entschieden an die Seite der Muslim*innen und stellen uns dem Hass gegen sie entschieden
444 entgegen.

445 Für Betroffene von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind Anlaufstellen
446 ein wichtiger Ort, um sich über ihre Rechte zu informieren und sie mit Unterstützung dieser
447 Stellen auch durchzusetzen. Diese müssen besser ausgestattet werden.

448 Roma und Sinti gehören seit hunderten von Jahren zu Europa. Ebenso lange werden sie
449 diffamiert und diskriminiert. Diese Diskriminierung ist der Hauptgrund dafür, dass Menschen
450 mit Romno-Hintergrund oft arm und schlechter ausgebildet sind. Wir begrüßen, dass im Rahmen
451 des EU-Plans für die Inklusion der Roma bereits wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht
452 werden. Die Mittel im Kampf gegen Antiziganismus müssen aber weiter aufgestockt werden.

453 Zusätzlich kämpfen wir dafür, die Barrieren beim Abruf der Gelder zu verringern. Hierfür
454 unterstützen wir die konkrete Projektarbeit, insbesondere wenn sie strukturelle
455 Veränderungen ermöglicht. Ein essenzieller Bestandteil der Arbeit muss immer die Einbindung
456 der Betroffenen auf Augenhöhe sein. Erst mit echter Hilfe zur Selbsthilfe können wir eine
457 langfristige und nachhaltige Verbesserung der Bedingungen erreichen. Es besteht ein
458 rechtlicher Anspruch auf Teilhabe in den Bereichen Arbeit, Bildung, Wohnen und Gesundheit.
459 Die Defizite bei der Durchsetzung dieses Anspruchs wollen wir sichtbar machen und aufheben.

460 Hass und Hetze finden heute nicht nur auf der Straße, sondern vermehrt auch im Internet und
461 in sozialen Netzwerken statt. Dagegen wollen wir europäisch vorgehen. Wir setzen uns für
462 eine wirksame europäische Rechtsgrundlage zur Bekämpfung von Hasskommentaren ein.

463 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 464 • eine europaweite, ständige, systematische Erfassung von Straftaten gegen Menschen, die
465 zu einer bestimmten Gruppe gehören (gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit),
- 466 • eine Aufstockung der Mittel im Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit,
- 467 • eine bessere Ausstattung der unabhängigen Gleichbehandlungsstellen,
- 468 • eine europäische Rechtsgrundlage für die Bekämpfung und Verfolgung von Hasskommentaren
469 im Internet.

470 3.7 Für ein barrierefreies Europa sorgen

471 Menschen mit Behinderungen müssen in ganz Europa selbstbestimmt und gleichberechtigt leben
472 können.

473 Um ihre Rechte umzusetzen, wurden mit der UN-Behindertenrechtskonvention auch für die EU-
474 Mitgliedstaaten verbindliche Vorgaben verankert. Menschen mit Behinderung müssen in allen
475 Lebensbereichen – bei der Bildung und Erwerbsarbeit, beim Wohnen, bei Reisen und in ihrer
476 Freizeit – den gleichen Zugang zur Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben
477 haben wie Menschen ohne Behinderungen. Inklusion heißt, dass alle Menschen selbstbestimmt am
478 gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und niemand ausgegrenzt wird. Dafür müssen
479 Barrieren aller Art abgebaut und das Recht auf eine selbstbestimmte und eigenständige
480 Lebensführung muss sichergestellt werden. Erste Schritte sind der europaweit geltende
481 Parkausweis oder der Euroschlüssel, der Menschen mit Behinderung den einfachen Zugang zu
482 allen Behindertentoiletten im öffentlichen Raum ermöglicht.

483 Die europäische Barrierefreiheits-Richtlinie verpflichtet auch private Anbieter von Waren
484 und Dienstleistungen zum Abbau von Barrieren. Wir setzen uns für einen barrierefreien
485 öffentlichen Raum ein, in dem Gebäude, Medien, Produkte, Dienstleistungen und
486 Veranstaltungen besser zugänglich und nutzbar sind. Hierzu ist es unumgänglich, auch für die
487 Privatwirtschaft verbindliche Vorgaben für die Barrierefreiheit zu formulieren.

488 Wir setzen uns dafür ein, dass die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie endlich kommt, denn sie
489 würde eine Lücke im europäischen Antidiskriminierungsrecht schließen. International
490 anerkannte Menschenrechte würden in der EU eine Rechtsgrundlage erhalten, und die VN-
491 Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung würde auf europäischer Ebene
492 rechtlich umgesetzt, wie zum Beispiel das Recht auf Zugang zu allen Bildungseinrichtungen
493 und das Recht auf selbstbestimmtes Wohnen. Doch seit Jahren wird ihre Verabschiedung durch
494 die deutsche Bundesregierung blockiert. Wir Grünen kämpfen weiter gegen die Blockade und für
495 den effektiven Schutz gegen Diskriminierung auch außerhalb des Arbeitsmarktes.

496 Wir wollen, dass auch Menschen mit Behinderungen das Recht auf Freizügigkeit für sich nutzen
497 können, ohne dass sozialrechtliche Vorschriften der Mitgliedstaaten das verhindern. Auch
498 Menschen mit umfassender Betreuung sollen das Wahlrecht erhalten, das betrifft allein in
499 Deutschland 81.000 Menschen.

500 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 501 • die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der EU,
- 502 • die Ausweitung von Inklusion und Barrierefreiheit,
- 503 • das Wahlrecht für alle Menschen mit Behinderung.

504 3.8. Europas Verbraucher*innen stärken

505 Wir treten für ein Europa ein, in dem die Rechte der Verbraucher*innen geschützt werden, und
506 zwar grenzüberschreitend. Denn im europäischen Binnenmarkt bewegen sich Waren, Kapital,
507 Dienstleistungen und Personen frei. Wir wollen sicherstellen, dass die Menschen in Europa
508 vor gesundheitlichen und finanziellen Gefahren geschützt werden und dass sie wissen, was sie
509 konsumieren. Sie müssen ihre Rechte gegenüber Unternehmen wirksam geltend machen können.

510 Der Verbraucherschutz in der Europäischen Union ist eine Erfolgsgeschichte: Die Abschaffung
511 der Roaming-Gebühren, das Verbot von Tierversuchen zur Herstellung von Kosmetika, das
512 „Bankkonto für alle“ und ein Schnellwarnsystem für als gefährlich gemeldete Produkte sind
513 nur einige wenige Beispiele.

514 Doch es gibt auch Probleme. Schon im September 2015 wurden die Abgasmanipulationen an VW-
515 Dieselaautos bekannt – welche Ansprüche die Kund*innen geltend machen können, ist aber noch
516 immer unklar. Das liegt daran, dass für einzelne Verbraucher*innen Aufwand und Risiko

517 rechtlicher Schritte derart hoch sind, dass Unternehmen trotz betrügerischer
518 Geschäftspraktiken selten Folgen fürchten müssen. Die Möglichkeit für Sammelklagen, bei
519 denen sich Geschädigte zusammenschließen können, sowie Verbandsklagen und
520 Musterfeststellungsklagen müssen daher europaweit eingeführt werden.

521 Im europäischen Bahnverkehr wollen wir ein einheitliches Ticket-System schaffen. Der
522 Flickenteppich nationaler Fahrkarten macht die Bahn grenzüberschreitend unattraktiv. Häufig
523 werden nur Einzeltickets für die Strecken der jeweiligen nationalen Anbieter angeboten.
524 Verpasst ein Fahrgast wegen einer verspäteten Bahn zum Beispiel in Deutschland seinen
525 Anschlusszug nach Italien, muss er auf eigene Kosten ein neues Zugticket kaufen. Stattdessen
526 braucht es ein System mit nur einem Ticket für alle Verkehrsträger für die gesamte EU – aus
527 dem portugiesischen Dorf bis an die kroatische Küste oder aus Süditalien nach Lappland, egal
528 ob mit Bus, Bahn oder Tram. Das Interrailticket soll nur der Anfang sein.

529 Wir brauchen auch endlich verständliche und realistische Kennzeichnungen von Lebensmitteln.
530 Nährwerte wollen wir durch die leicht verständliche Lebensmittelampel kenntlich machen. Es
531 muss klar werden, wie viel Zucker, Salz und Fett Lebensmittel enthalten. Für sämtliche
532 Tierprodukte wollen wir eine europäische verbindliche Kennzeichnung nach Haltungs- und
533 Transportbedingungen einführen.

534 Wir wollen einen starken Verbraucherschutz bei Finanzprodukten. Heute verkaufen
535 Berater*innen oft schlechte Produkte, die ihnen aber eine hohe Provision einbringen. Das
536 wollen wir ändern. Deshalb wollen wir einen Übergang zu einer qualitativ hochwertigen
537 Beratung auf Basis transparenter Honorare fördern. Beratung muss Anleger*innen den Weg zu
538 guten Finanzprodukten weisen.

539 Digitale Verbraucherrechte stärken

540 Datenschutz schützt nicht Daten, sondern die Privatsphäre des Menschen. Datenschutz ist
541 Verbraucherschutz. Vor allem unsere persönlichen Vorlieben und Interessen gehen niemanden
542 etwas an. Informationelle Selbstbestimmung ist ein zentrales Grundrecht. Aber es ist gerade
543 in Zeiten der Digitalisierung, der Plattformökonomie und des „Internets der Dinge“ neu
544 herausgefordert.

545 Produkte und Kaufgewohnheiten haben sich fundamental geändert. Aber welche Daten im Internet
546 preisgegeben, gesammelt und gespeichert werden, das sollen die Betroffenen selbst
547 entscheiden und nicht Internet-Giganten wie Google oder Facebook.

548 Mit der von den europäischen Grünen hart erkämpften Datenschutzgrundverordnung (DSVGO) hat
549 die EU einen Meilenstein für modernen Datenschutz gesetzt. Sie sorgt dafür, dass die
550 weltweiten Datenkonzerne in die Schranken gewiesen werden, und zeigt, dass wir als
551 Europäische Union gemeinsam Standards setzen können, die weltweite Ausstrahlung haben.
552 Hierauf können wir aufbauen.

553 So fordern wir bei der „e-Privacy“-Verordnung zum Schutz unserer elektronischen
554 Kommunikation, dass mobile Endgeräte wie Smartphones, Tablets oder „smarte“ Assistent*innen
555 wie Alexa oder Siri schon vom Werk aus auf den Schutz der Privatsphäre hin eingestellt sind.

556 Wir wollen, dass Browser-Einstellungen wie „Do not track“ rechtsverbindlich werden, damit
557 nicht automatisch ein Nutzungsprofil erstellt wird. Offline-Tracking durch Standortdaten,
558 mit dem zum Beispiel Handys geortet werden, obwohl sie nicht mit dem Internet verbunden
559 sind, muss verboten werden.

560 Wir setzen uns für verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard unserer
561 elektronischen Kommunikation ein. Hintertüren für die Hersteller oder gar für Geheimdienste
562 darf es nicht geben.

563 Technische Geräte mit Zugang zum Internet erobern zudem immer mehr unseren Alltag: So
564 reguliert die intelligente Heizung entsprechend der Wettervorhersage selbständig die
565 Zimmertemperatur, und die Spielzeugpuppe kommuniziert mit Kindern. Sind diese Geräte nicht
566 ausreichend geschützt, bieten sie ein Einfallstor für kriminelle Hacker, die sich in die
567 Systeme einschalten könnten, um sie zu manipulieren.

568 Wir fordern verpflichtende Mindeststandards für die IT-Sicherheit von technischen Geräten.
569 Dazu gehören Verschlüsselung, Software, die auf dem neuesten Sicherheitsstand ist, und
570 regelmäßige kostenlose Software-Updates sowie starke Authentifizierungsmechanismen bei
571 vernetzten Geräten.

572 Wenn ein Sicherheitsproblem bei einem Auto festgestellt wird, wie zum Beispiel eine
573 mangelhafte Bremse, ist klar, dass der Hersteller dafür haftbar gemacht werden kann und die
574 fehlerhaften Autos zurückrufen muss. Doch für Software gibt es bislang noch keinerlei
575 Produkthaftung auf europäischer Ebene. Das muss sich ändern: Kommerzielle Hersteller von
576 Software müssen haften, wenn sie bekannte Sicherheitslücken nicht schließen.

577 Damit unsere Grundrechte wirklich geschützt werden, müssen auch die Datenschutzbehörden
578 endlich die personellen und finanziellen Mittel bekommen, die sie brauchen, um unseren
579 Grundrechten flächendeckend zur Geltung zu verhelfen und europaweit zusammenzuarbeiten.

580 Wir setzen uns dafür ein, dass politische Werbung im Internet transparent gekennzeichnet und
581 die Finanzierung offengelegt wird. Versteckte Einflussnahme auf politische
582 Willensbildungsprozesse und Wahlen muss verhindert werden.

583 Produkte nachhaltiger und sicherer machen

584 Produkte des alltäglichen Lebens, von Essen über Kleidung bis zu Kosmetika oder
585 Gebrauchsgegenständen, wollen wir sicher machen – durch strengere Grenzwerte bis hin zu
586 Verboten gesundheitsgefährdender Stoffe. Aus PVC und PVC-Weichmachern wollen wir wegen der
587 gesundheitlichen Risiken aussteigen. Nanopartikel kommen bereits in Lebensmitteln, Kosmetika
588 oder Medikamenten zum Einsatz, ihre Unbedenklichkeit ist aber nicht eindeutig festgestellt.
589 Wir fordern daher ein Register für Nanoprodukte. Die Definition von „Nanopartikeln“ muss so
590 eng gefasst werden, dass es keine Schlupflöcher gibt.

591 Frühzeitiger Verschleiß von Produkten ist für die Verbraucher*innen ein teures Ärgernis,
592 verschwendet Ressourcen und lässt die Müllberge weiter wachsen. Unser Ziel sind langlebige
593 Produkte, die repariert und recycelt werden können. Wir fordern eine verbindliche
594 europäische Regelung gegen eine absichtliche Verkürzung der Lebensdauer von Produkten.
595 Außerdem müssen die Hersteller einer Rücknahmepflicht unterliegen, die Recycling
596 sicherstellt.

597 Für Software und Hardware braucht es Klarheit darüber, wie lange Updates inkl.
598 Sicherheitsupdates zur Verfügung gestellt werden, sowie klare Anforderungen zur Lebensdauer
599 von Software und zur Kompatibilität mit Vorgängerversionen. Die europäischen Regelungen für
600 die Gewährleistung für Produkte wollen wir an deren Lebensdauer anpassen und auch auf
601 Software ausweiten.

602 Oft braucht man für ein neues Gerät auch ein neues Ladekabel, weil das alte nicht passt. Für
603 Ladegeräte und -kabel von Smartphones, Tablets und Laptops muss es einen einheitlichen und
604 verbindlichen europäischen Standard geben.

605 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 606 • den Schutz der Privatsphäre bei Smartphones, Tablets und „smarten“ Assistenten von
607 Anfang an,
- 608 • eine verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard bei elektronischer
609 Kommunikation,
- 610 • eine Rücknahmepflicht bei den Herstellern für ein sicheres Recycling unserer Produkte,
- 611 • einen einheitlichen europäischen Standard für Ladegeräte und -kabel.

612 3.9 Terror bekämpfen, Freiheit sichern

613 Gegen Terrorismus helfen keine Schlagbäume. Stattdessen brauchen wir eine stärkere
614 europäische Kooperation der Sicherheitsbehörden zur Verteidigung unserer Freiheit.
615 Islamistisch und rechtsextrem motivierter Terror greifen unsere europäische freiheitliche
616 Lebensweise und Demokratie an. Dem stellen wir uns mit aller Entschlossenheit entgegen. Wir
617 setzen dabei auf wirksame Prävention und effektive Strafverfolgung. Das heißt, anders als
618 die derzeit verfolgte Politik wollen wir nicht, dass unsere Sicherheitskräfte anlasslos jede
619 Menge Daten sammeln oder dass veraltete Technik effektive Abgleiche verhindert. Wir wollen
620 eine präzise und konsequente Strafverfolgung. Eine maßlose Politik immer weiter reichender
621 Grundrechtseingriffe hingegen schwächt unsere Freiheit und sorgt nicht für mehr Sicherheit.

622 Europäisches Kriminalamt schaffen

623 Unsere Sicherheit darf nicht dadurch gefährdet werden, dass die Polizeibehörden der
624 Mitgliedstaaten bei der Zusammenarbeit versagen und die Überwachung von Verdächtigen an den
625 innereuropäischen Grenzen endet. Deshalb fordern wir den Aufbau eines Europäischen
626 Kriminalamts (EKA). Das heißt, dass die europäische Polizeibehörde Europol zu einer
627 schlagkräftigen europäischen Polizei nach dem Vorbild des Bundeskriminalamts mit eigenen
628 Ermittlungsteams ausgebaut wird. Sie braucht eigenständige Ermittlungsmöglichkeiten und
629 -befugnisse, um in grenzüberschreitenden Fällen von Terrorismus und organisierter
630 Kriminalität selbst ermitteln zu können. Sie muss Terrorverdächtige, Mafiaorganisationen,
631 Menschenhandel, aber auch länderübergreifend agierende Einbruchsbanden und Rechtsextremisten
632 gezielt überwachen und verfolgen. Dafür muss sie mit ausreichend Ressourcen und Personal
633 ausgestattet werden.

634 Europaweite Vernetzung der Polizei

635 Um die Zusammenarbeit der Polizeibehörden der EU-Staaten zu verbessern, wollen wir ein
636 europaweites Austauschprogramm für Polizist*innen ins Leben rufen. Die Zusammenarbeit von
637 Polizist*innen in länderübergreifenden Ermittlungsteams wollen wir mit zusätzlichen Mitteln
638 aus dem EU-Haushalt fördern. Denn wer gemeinsam im Team zusammengearbeitet hat, greift
639 schneller zum Telefon, um seine Kolleginnen und Kollegen aus anderen EU-Staaten zu
640 informieren oder um Rat zu fragen.

641 Europäische Staatsanwaltschaft ausbauen

642 Auch die Kompetenzen der Europäischen Staatsanwaltschaft müssen auf den Kampf gegen Terror
643 und organisierte Kriminalität ausgeweitet werden. Bisher ist sie nur für Betrugsfälle mit
644 EU-Geldern zuständig. Wir wollen, dass die Europäische Staatsanwaltschaft künftig auch
645 Ermittlungsverfahren gegen gewaltbereite Extremist*innen und organisierte Kriminelle
646 einleiten kann, auf deren Grundlage das Europäische Kriminalamt dann ermittelt.

647 Terrornetzwerke aufdecken

648 Um die Finanzierungsquellen von Terrornetzwerken und organisierter Kriminalität
649 auszutrocknen, möchten wir eine zentrale europäische Behörde für den Kampf gegen Geldwäsche
650 schaffen. Terrornetzwerke und organisierte Kriminelle agieren grenzüberschreitend. Wir
651 wollen, dass Banken verdächtige Kontobewegungen direkt an die europäische Stelle melden,
652 anstatt nur ihre nationale Meldestelle zu informieren.

653 Für die Verfolgung von terroristischer und gewaltverherrlichender Propaganda im Internet
654 braucht es mehr Beamt*innen und spezialisierte Staatsanwält*innen und Richter*innen. Die
655 momentane Praxis von Europol, Digitalplattformen lediglich auf Basis ihrer allgemeinen
656 Geschäftsbedingungen zur Löschung solcher Inhalte aufzufordern, ist eine Verhöhnung des
657 Rechtsstaats. Sie bedeutet eine Privatisierung der Rechtsdurchsetzung, führt auch zur
658 Löschung legaler Inhalte und vermeidet die eigentliche Aufgabe der Polizei, Straftäter*innen
659 dingfest zu machen.

660 Aussteigerprogramme stärken und Waffenrecht verschärfen

661 Programme zur Deradikalisierung und für Aussteiger*innen aus der islamistischen und
662 rechtsextremen Szene wollen wir europaweit stärken. Um Terrorakte und Amoktaten zu
663 verhindern, muss der Zugang zu Waffen erschwert werden. Es ist immer noch viel zu einfach,
664 an illegale Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen. Alle gefährlichen
665 Waffen müssen lückenlos registriert und die Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer*innen
666 regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine europaweite einheitliche Kennzeichnung und
667 gemeinsame Standards für die Deaktivierung von Feuerwaffen einführen.

668 Angesichts der Zunahme rechtsextremer Gewalttaten und der Ausbreitung rechten und
669 rechtsextremen Gedankenguts muss die demokratische Zivilgesellschaft umso mehr gestärkt
670 werden. Während demokratiefeindliche Gruppen sich international austauschen und ihre Kräfte
671 bündeln, verbleiben demokratische Initiativen meist sehr lokal verhaftet.

672 Wir setzen uns für die finanzielle Unterstützung, die Vernetzung und den internationalen
673 Austausch der demokratischen Kräfte ein. Entsprechende Fördermittel und Programme auf EU-
674 Ebene müssen aufgestockt werden. Eine besondere Rolle spielt dabei eine alltags- und
675 lebensweltbezogene Bildungsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen.

676 Datenschutz sicherstellen

677 Die europäischen Innenminister, tatkräftig unterstützt von der Großen Koalition in Berlin,
678 fordern nach jedem Terroranschlag geradezu reflexhaft zusätzliche Datenbanken und
679 Massenüberwachung. Wer mit dem Flugzeug nach Europa reist, wird anlasslos registriert
680 werden, egal ob es sich um Terrorverdächtige, Tourist*innen oder Geschäftsreisende handelt.
681 Bestehende Polizei- und Grenzkontrollsysteme werden gerade verschärft, neue befinden sich im
682 Aufbau.

683 Die EU-Richtlinie zur Fluggastdatenspeicherung halten wir für rechtswidrig. Es ist nicht mit
684 unseren Grundrechten vereinbar, dass alle, die einen Flug buchen, wie Verdächtige behandelt
685 werden und hinnehmen müssen, dass ihre Daten fünf Jahre lang gespeichert und fortlaufend
686 einer automatisierten Rasterfahndung unterzogen werden. Auch die anlasslose
687 Vorratsdatenspeicherung von Handy- und Kommunikationsdaten ist bereits zweimal vom
688 Europäischen Gerichtshof als grundrechtswidrig aufgehoben worden. Einen neuen Anlauf zur
689 europaweiten Kommunikationsüberwachung wird es mit uns Grünen nicht geben. Wir kämpfen
690 weiterhin mit aller Vehemenz gegen die Vorratsdatenspeicherung.

691 Die angestrebte Datensammlung kostet viel Geld, das bei der gezielten Überwachung und
692 Verfolgung von terroristischen und extremistischen Gewaltbereiten fehlt. Während die EU-
693 Staaten Milliarden in den Aufbau neuer Datenbanken investieren, hat die europäische
694 Ermittlungsbehörde Europol ein jährliches Budget von wenigen hunderttausend Euro für
695 Ermittlungsteams. Viel zu oft endet deshalb eine Ermittlung oder Überwachung, wenn ein
696 Gefährder das Land wechselt.

697 Gleichzeitig werden Datenbanken, in denen gezielt Straftäter und Terrorverdächtige erfasst
698 sind, wie zum Beispiel im Schengener oder im Europol-Informationssystem, derzeit nicht
699 richtig genutzt, weil es an Personal und Informationsaustausch zwischen den EU-Staaten
700 mangelt. Hier gibt es dringend Änderungsbedarf.

701 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 702 • ein Europäisches Kriminalamt mit eigenen Ermittlungsteams,
- 703 • mehr Kompetenzen für die Europäische Staatsanwaltschaft im Kampf gegen Terror und
704 organisierte Kriminalität,
- 705 • eine europäische Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche,
- 706 • eine EU-weite Verschärfung des Zugangs zu gefährlichen Waffen,
- 707 • die Wahrung von Grundrechten und Datenschutz beim Kampf für mehr Sicherheit.

EP-P-01 Präambel: Europas Versprechen erneuern - Gemeinsam voran oder getrennt zurück? Das ist die Frage unserer Zeit

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 31.08.2018

Text

- 1 Liebe Wählerinnen und Wähler,
- 2 die Europawahl 2019 ist eine Richtungswahl: Fällt unser Kontinent in den Nationalismus
3 zurück? Kapitulierte die Politik vor den Herausforderungen der Globalisierung und verschärft
4 so die vielen Krisen? Oder begründet sich die Europäische Union kraftvoll neu? Wir sind uns
5 sicher, dass nur ein handlungsfähiges Europa die großen Aufgaben lösen kann. Dafür müssen
6 wir Europas Versprechen erneuern.
- 7 Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat, sozialer Ausgleich und Bewahrung unserer
8 Lebensgrundlagen – das ist das Versprechen Europas. Es ist ein Versprechen, für das es sich
9 zu kämpfen lohnt. Wir haben mit dem gemeinsamen Europa einen Raum geschaffen, in dem
10 Bürger*innen mitbestimmen können, Parlamente und nicht Heere entscheiden und alle Menschen
11 vor dem Recht gleich sind.
- 12 Doch Europa und seine Menschen sind so herausgefordert wie lange nicht mehr. Grundfesten
13 geraten ins Wanken, die internationale Ordnung bröckelt, die europäische Einigung steht in
14 Frage.
- 15 Zum ersten Mal will mit Großbritannien ein Land die EU verlassen. Im Gründungsland Italien
16 regieren Faschisten mit Antieuropäern. In Österreich ist der rechtsnationale Innenminister
17 dabei, die Pressefreiheit einzuschränken. In Rumänien, Polen und Ungarn höhnen die autoritär
18 agierenden Regierungen den demokratischen Rechtsstaat aus. Die transatlantische
19 Partnerschaft, die als Garant unserer Sicherheit galt, hängt am seidenen Faden, weil in den
20 USA ein Populist regiert, dem internationales Recht nichts mehr gilt und der Europa zum
21 wirtschaftlichen Feind erklärt. Und währenddessen fliehen Menschen vor Krieg, Verfolgung und
22 Hunger, erhitzt sich unser Planet rasant, werden Vielfalt und Gleichberechtigung
23 angegriffen, wächst die Ungleichheit innerhalb und zwischen den europäischen
24 Mitgliedsländern, verändern Globalisierung und Digitalisierung radikal unsere Art zu leben,
25 zu denken, zu arbeiten.
- 26 In dieser unübersichtlichen Lage suchen viele Menschen Halt. Ihre Unsicherheit ist den
27 Nationalisten und Europafeinden willkommen, denn Angst ist der Rohstoff ihrer Politik. Der
28 Populismus wird aber auch durch die Unfähigkeit, den Egoismus und die Ängstlichkeit der
29 europäischen Regierungen – auch der deutschen – genährt. Sie beschränken die Demokratie aufs
30 Lösen kleinteiliger Probleme und überlassen das Primat der globalisierten Wirtschaft. Diese
31 im Kern neoliberale Antwort verstärkt die Probleme.
- 32 Es ist die Spirale der Angst, aus der wir ausbrechen müssen. Denn nur wenn wir uns etwas
33 zutrauen, können wir gemeinsam der Politik ihre Handlungsfähigkeit zurückgeben und Europa
34 als Idee des Gemeinsamen behaupten. Wir laden Sie ein, mit Ihrer Stimme daran mitzuwirken.
35 In diesem Programm finden Sie unsere Ideen für eine ökologische, soziale und demokratische
36 europäische Antwort. Wir bitten Sie: Gehen Sie jetzt mit uns in Europa gemeinsam voran.
- 37 Neue europäische Antworten
- 38 Ein Land allein will ein faires Steuersystem, in dem die große Kaffeekette genauso Steuern
39 zahlt wie der Bäcker an der Ecke? Bislang lachen die Konzerne nur darüber und verschieben

40 ihre Gewinne von Land zu Land, so lange, bis sie gar keine Steuern mehr zahlen. Ein Land
41 allein will den digitalen Kapitalismus regulieren? Bislang scheren sich die Internet-
42 Giganten nicht darum. 5, 15 oder auch 50 Millionen Nutzer*innen weniger sind ihnen egal.
43 Aber ganz Europa ist ein zu großer Faktor, auf den sie nicht verzichten können. Wir haben es
44 bei der Datenschutzgrundverordnung gesehen – sie ist quasi der weltweite Maßstab geworden,
45 weil Europa sie geschlossen beschlossen hat.

46 Wenn wir nicht wollen, dass uns das große Geld auf der Nase herumtanzt, dann müssen wir die
47 Macht der multinationalen Konzerne regulieren und den unfairen Dumpingwettbewerb eindämmen.
48 Dazu kann eine europäische Unternehmenssteuer beitragen, selbst wenn sie zunächst nur von
49 Deutschland und Frankreich vorangetrieben wird. Auch kann eine europäische Bankenunion die
50 globalen Spieler in die Schranken weisen und so Europa krisenfest machen.

51 Die drohende Heißzeit durch die Klimakrise bekommen wir nur im europäischen Zusammenspiel in
52 den Griff. Ein Kontinent hat für die Energiewende eigentlich die richtige Größe. In Europa
53 können wir eine sichere Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen statt aus Kohle, Gas und
54 Atom gewährleisten, wenn wir die spanischen Solarparks, die griechische Geothermie, die
55 dänischen Offshore-Windparks, die deutschen Onshore-Parks, und die österreichischen
56 Wasserkraftwerke miteinander verbinden. Alleine werden auch für jedes Land die Kosten sehr
57 viel höher werden.

58 Wenn wir Klimaschutz vorantreiben wollen, wenn wir neue Arbeitsplätze schaffen wollen, wenn
59 wir wollen, dass unsere Bäuerinnen und Bauern auch in Zukunft noch fruchtbare Böden haben,
60 dann brauchen wir einen radikalen Wandel in der europäischen Politik. CO₂ muss einen
61 vernünftigen Preis bekommen. Wir brauchen eine neue Landwirtschaftspolitik in Europa, eine
62 Alternative zum Prinzip „Wachse oder Weiche“. Klimaschutz, Tierwohl und Gewässerschutz
63 funktionieren nur, wenn nicht ein Land die Standards des anderen unterbietet. Die
64 Plastikflut können wir nur bekämpfen, wenn Wegwerfplastik europaweit ein Ende hat.

65 Europa muss sich in einer sich verändernden Weltordnung immer stärker selbst beweisen – als
66 außenpolitische Akteurin, für die der Mensch mit seiner Würde und Freiheit und seinen
67 unveräußerlichen Rechten im Mittelpunkt steht. Um diese Würde auch für die Menschen zu
68 wahren, die in Europa Schutz suchen, muss ein solidarisches europäisches Asylsystem
69 eingeführt werden, das für mehr Menschlichkeit und Handlungsfähigkeit sorgt.

70 Auch in der Europäischen Union selbst gibt es Mitgliedstaaten, in denen sich autoritäre
71 Strukturen immer weiter verfestigen. Die Zivilgesellschaften dort benötigen europäische
72 Unterstützung, wenn sie für Demokratie und Menschenrechte kämpfen. Dafür wollen wir die
73 Einklagbarkeit von Grundrechten auch in den europäischen Mitgliedstaaten ermöglichen. Wenn
74 korrupte und undemokratische Regierungen gegen EU-Recht verstoßen, sollten europäische
75 Gelder nicht mehr an sie, sondern direkt an die Kommunen und damit die Menschen dort gehen.

76 Europa kann, wenn wir Bürgerinnen und Bürger das wollen

77 Die Antwort auf die Herausforderungen Europas ist Europa. Die Europäische Union kann das
78 Vertrauen in ihre demokratischen Institutionen stärken. Sie kann die Klimakrise bekämpfen.
79 Sie kann dazu beitragen, dass die Stärke des Rechts gilt und nicht das Recht des Stärkeren.
80 Dass Freiheit, Gleichheit und Menschlichkeit ihr strahlendes Versprechen einlösen. Die
81 Europäische Union kann den Frieden bewahren. Sie kann. Wenn wir Bürgerinnen und Bürger das
82 wollen.

83 Darum geht es bei der Europawahl: zu entscheiden, was wir wollen. Wie wir zusammen leben
84 wollen. Und dann etwas dafür zu tun. Europa ist nicht aus Versehen und von allein

85 entstanden. Es hat die fürchterlichen Wunden des Krieges überwunden, weil es Frauen und
86 Männer gab, die Vision, Mut und Willen aufgebracht haben.

87 Es ist aber offensichtlich, wie schwer es geworden ist, dass Europa mit einer Stimme
88 spricht. Deshalb sollten die europäischen Staaten mutig sein und dort zu
89 Mehrheitsentscheidungen finden, wo diese die EU gemeinschaftlich handlungsfähiger machen.
90 Oder sie sollten in einer verstärkten Zusammenarbeit mit einigen Staaten vorgehen. Auf
91 jeden Fall müssen Deutschland und Frankreich den Schulterchluss suchen. Sie müssen mit
92 Ideen loslaufen, ohne in die historische Falle zu treten und alte Mauern wieder
93 hochzuziehen. Ein Europa, in dem dauerhaft nur ein Kern vorgeht und andere zurückbleiben,
94 wird entkernt enden. Wenn aber eine verstärkte Zusammenarbeit neue Lösungen bringt, wenn sie
95 damit beweist, dass es geht und dass es gut geht, dann können sich die Zögerlichen
96 vielleicht leichter anschließen. Und dann kann von Europa ein neues Versprechen ausgehen.

97 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten an, die notwendigen Veränderungen in der europäischen Politik
98 für mehr Nachhaltigkeit, Solidarität und Humanität anzustoßen und dafür zu sorgen, dass
99 Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gewahrt bleiben. Dabei stehen wir an der Seite
100 der vielen, die in Initiativen, Bewegungen oder eigenständig vor Ort für diese Ziele
101 eintreten – und zwar überall in Europa. Als europäische Parteienfamilie, verbunden über die
102 Europäische Grüne Partei (EGP), streiten wir europaweit für unsere Idee.

103 Erwartbar werden wir nach der Europawahl einen starken nationalistischen Block im
104 Europäischen Parlament sehen, der destruktiv und antieuropäisch agieren wird. Wir wollen
105 alles tun, was in uns liegt, um für eine progressive und proeuropäische Mehrheit im EU-
106 Parlament zu sorgen. Eine Mehrheit gegen den konservativen Status quo und gegen die
107 Nationalisten, eine Mehrheit, die Europas Versprechen erneuert, eine Mehrheit für eine
108 Kommissionspräsident*in, die dafür einsteht.

109 Nie war die Zukunft Europas so unsicher wie heute. Es hängt jetzt entscheidend vom
110 gemeinsamen Einsatz der Proeuropäer*innen ab, welche Richtung Europa einschlagen wird, ob es
111 am Ende scheitern wird oder zu neuer Stärke und Handlungsfähigkeit findet als europäische
112 Demokratie.

113 Es ist keineswegs sicher, dass wir diesen Kampf gewinnen. Aber sicher ist, dass wir
114 verlieren werden, wenn wir jetzt nicht kämpfen. Gerade die europäische Geschichte ist eine
115 Geschichte von Verlusten und Niederlagen und falschen Führern. Aber nie wurde etwas besser,
116 wenn man nicht gekämpft hat.

117 Deshalb bitten wir Sie: Lassen Sie uns gemeinsam Europas Versprechen erneuern. Wählen Sie
118 Europa, denn Europa ist die Antwort. Wählen Sie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie finden im Jahr
119 2019 keine entschlossenerere politische Kraft, die für ein geeintes, ökologisches und
120 gerechtes Europa arbeitet.

121 Europa kann es. Wenn wir es wollen.

EP-U-01 Kapitel 1: Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 31.08.2018

Text

1 Ein Europa ohne Kohle, Atom und Fracking ist möglich. Wir wollen die Europäische Union zum
2 weltweiten Vorreiter für Klimaschutz, erneuerbare Energien und Energieeffizienz machen.
3 Unser Kontinent hat gerade hier noch enorme Potenziale, die bislang weitgehend brachliegen.
4 Durch saubere Energiequellen kann eine weitgehende Energie-Unabhängigkeit erreicht, können
5 Klima und Umwelt geschützt und nachhaltige Jobs geschaffen werden. Das ist unser Ziel. Die
6 gute Nachricht: Alle Lösungen dafür stehen bereit, sie müssen nur angepackt werden!

7 Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Generation. Versagen wir bei
8 der Eindämmung der Krise, haben wir als politische Generation versagt. Mit Klimaschutz
9 schützen wir nicht nur (und noch nicht einmal in erster Linie) Arten und Natur. Wir schützen
10 unsere Lebensgrundlagen, aber auch die liberale Demokratie, ein Gemeinwesen, das in der Lage
11 ist, wertebasierte Politik zu machen. Und wir schützen die ökonomische Basis, auf der wir
12 unsere Politik aufbauen. Eine Erderhitzung über 2 Grad wird unkontrollierbare Folgen auf
13 unser Zusammenleben und unsere Freiheit haben. Und sie trifft immer erst die Schwächsten.
14 Menschen werden ihr Zuhause verlassen müssen und sich als Klimaflüchtlinge auf den Weg
15 machen. Die weltweiten Migrationsbewegungen werden zunehmen. Die Weltbank, nicht gerade
16 bekannt für ökologische Sensibilität, rechnet mit 150 Millionen Klimaflüchtlingen bis 2030.
17 In elf Jahren. Es wird zu Kriegen um Wasser, fruchtbare Böden oder sichere Stätten kommen.
18 Wir werden uns der Verantwortung so oder so nicht entziehen können. Doch die Zeit läuft uns
19 davon. Hitzerekorde, Dürren, Überschwemmungen und starke Stürme liefern fast täglich neue
20 Schreckensmeldungen. Der vergangene Sommer hat auf eindringliche Weise gezeigt, dass die
21 Klimakrise längst auch bei uns in Europa Realität ist.

22 Die Europäische Union muss zu einer Union des Klimaschutzes werden. Das heißt nicht nur,
23 dass sie eine andere Energie-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik betreibt, sondern
24 dass sie die ökologischen Fragen auch ins Zentrum ihrer Außen-, Sicherheits- und
25 Friedenspolitik stellt. Wie wir unseren Energiehunger stillen, wird maßgeblich die
26 Leitlinien der Außenpolitik bestimmen. Ob wir schmutzige Deals mit Diktatoren um Öl, Gas und
27 Kohle eingehen oder eine demokratische Energieinfrastruktur auf Basis der Erneuerbaren
28 aufbauen, macht einen Unterschied. Eine Handels- und Landwirtschaftspolitik, die unseren
29 Reichtum auf Kosten Dritter erwirtschaftet, oder stattdessen faire Partnerschaften, die
30 einen gedrosselten Ressourcenverbrauch bei uns bedeuten, machen einen Unterschied. Fischen
31 wir die Meere leer oder sorgen wir für halbwegs intakte Meeresökologie? Exportieren wir
32 unseren Müll ins Ausland oder verzichten wir auf Wegwerfplastik?

33 Viele Menschen sind weiter als die Politik: zum Beispiel Bürger*innen, die Bike- und
34 Carsharing nutzen, sich an Bürgerenergieprojekten beteiligen, auf ökologisch erzeugte
35 Lebensmittel setzen, die in Nachhaltigkeit und grüne Infrastruktur investieren. Aber auch
36 innovative Unternehmen, Ingenieur*innen und viele mehr haben sich auf den Weg gemacht. Mit
37 ihnen allen verbünden wir uns. Und packen an. Für ein Europa, das ohne Kohle- und Atomstrom
38 auskommt, eine Agrarpolitik betreibt, die auf ökologischen Kriterien basiert und Landwirten
39 eine Perspektive gibt, ein Europa, das mit einer Plastikabgabe plastikmüllfrei wird und
40 unsere Meere schützt.

41 Schadstoffbelastete Böden und Gewässer, weniger Stimmen und Brummen in der Luft. Das sind
42 Anzeichen für eine kranke Natur, die auf den Menschen zurückgeht. Und Anzeichen dafür, dass

43 wir Grenzen überschreiten. Diesen Herausforderungen müssen wir uns stellen. In einem
44 gemeinsamen Europa können wir mit weniger Pestiziden und einem Verbot von Glyphosat Tieren
45 und Pflanzen wieder mehr Lebensraum geben. Mit einer Wasserrahmenrichtlinie, die wir
46 konkretisieren und konsequent umsetzen, verbessern wir die Qualität von Flüssen und Seen.
47 Und mit europäischen Korridoren für Biotop und mehr Wildnisflächen erhalten wir wichtige
48 Lebensgrundlagen. Wir wollen ein gemeinsames Europa, das seine Umwelt und Natur schützt.

49 Bei der sauberen Mobilität, bei den erneuerbaren Energien oder auch beim Divestment hinkt
50 Europa hinterher. Wir wollen grüne Anleihen europaweit stärken und eine Richtlinie für
51 ökologische Transparenz am Finanzmarkt schaffen. Für den Verkehr der Zukunft wollen wir eine
52 europäische Batteriezellenproduktion aufbauen. Damit sorgen wir für mehr klimafreundliche
53 Mobilität und halten zugleich die Wertschöpfung in Europa. Zudem knüpfen wir ein
54 europaweites Schienennetz und verlagern Güter von der Straße auf die Gleise. Mit einem CO₂-
55 Mindestpreis sorgen wir für wirksamen Klimaschutz. Und für mehr Erneuerbare und größere
56 Versorgungssicherheit schaffen wir einen gesamteuropäischen Stromverbund und ein
57 intelligentes Stromnetz. Das alles geht nur gemeinsam. In einem gemeinsamen Europa.

58 1.1 Klimaschutz fördern, aus Kohle und Atom aussteigen

59 Die Europäische Union ist reich an sauberen Energiequellen. Die Erneuerbaren haben weltweit
60 8,3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, davon mehr als 1,1 Millionen in der EU und über
61 300.000 in Deutschland. Investitionen in Erneuerbare und in Energieeffizienz sind
62 mittlerweile der kostengünstigste Weg für eine nachhaltige Energieversorgung. Es darf nicht
63 sein, dass Europa durch die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung und der
64 Europäischen Union bei dieser rasanten Entwicklung den Anschluss verliert. In China und den
65 USA wird pro Kopf mittlerweile deutlich mehr in Erneuerbare investiert als in der EU.

66 Wir wollen das ändern! Wir wollen ein zu 100 % erneuerbares und ein energieeffizientes
67 Europa als Treiber für die internationale Energiewende. Dafür muss das europäische
68 Klimaschutzziel, das sich keineswegs auf dem Pfad der Pariser Klimaziele bewegt,
69 ambitionierter und verbindlich werden. Bis 2030 müssen 45 % von Europas Energie, die wir
70 beim Strom, der Wärme und bei der Mobilität verbrauchen, erneuerbar sein, und bis 2050
71 müssen es 100 % sein. Nur so kann Europa seinen Beitrag leisten, um die Klimakrise
72 einzudämmen und die globale Erhitzung deutlich unter 2 Grad zu halten. Die CO₂-Emissionen
73 müssen zudem bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber 1990 gesenkt werden. Bei der
74 Energieeffizienz braucht es eine Verbesserung um 40 % im Vergleich zum Jahr 1990, um ein
75 maximal technisch mögliches Niveau der Energieeffizienz für 2050 zu erreichen.

76 Die Verbrennung von Kohle ist die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung. Dabei gibt es
77 längst Alternativen: Erneuerbare Energien sind sauberer, sicherer, effizienter und
78 mittlerweile auch billiger. Das haben Länder wie Frankreich, die Niederlande oder Italien
79 längst verstanden und sich der globalen Allianz für den Kohleausstieg (Global Alliance to
80 Power Past Coal) angeschlossen, die sich für einen Kohleausstieg bis spätestens 2030
81 ausspricht. Diesen Vorreitern muss sich die Europäische Union inklusive Deutschland
82 anschließen, statt an der klimaschädlichen Kohle festzuhalten.

83 Der Export von dreckigem deutschem Kohlestrom untergräbt in europäischen Nachbarländern den
84 Ausbau der Erneuerbaren. Kohlekraft schadet nicht nur dem Klima, sondern setzt auch
85 hochgiftige Schadstoffe frei. Die hohen Folgekosten für die Verbrennung von Kohle in Europa
86 dürfen nicht weiter zu Lasten der Allgemeinheit gehen, die die Kosten und Risiken dafür
87 trägt. Die Bundesregierung ist super darin, anzukündigen, wie ehrgeizig sie in 10, 15 oder
88 20 Jahren sein will. Und regelmäßig macht sie nichts in der Gegenwart. Damit muss Schluss
89 sein. Je energischer wir jetzt handeln, desto leichter werden die letzten Etappen. Wir

90 müssen jetzt beginnen, Kohlekraftwerke abzuschalten. Daran muss sich Politik messen lassen.
91 Wir brauchen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa einen vollständigen
92 Kohleausstieg.

93 Die hochgefährliche Atomkraft, deren Kosten und Risiken auf viele zukünftige Generationen
94 abgewälzt werden, bekämpfen wir europaweit. Der dringend notwendige Kohleausstieg darf nicht
95 dazu führen, dass Kohle durch Atom ersetzt wird. Die Atombranche etwa in Frankreich setzt
96 auf eine Renaissance der französischen Atomkraft – mit Atomstrom-Exporten nach ganz Europa.
97 Die dort diskutierte Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken lehnen wir ab. Es ist völlig
98 unverantwortlich, dass Atomkraftwerke, die für eine Laufzeit von maximal 40 Jahren
99 konzipiert wurden, nun trotz zunehmender Stör- und Unfälle 60 Jahre am Netz hängen sollen.
100 Auch Belgien macht keine Anstalten, seine Schrottreaktoren vorzeitig stillzulegen. Risiko-
101 AKWs wie das französische Cattenom, das belgische Tihange oder das tschechische Temelín
102 gehören sofort abgeschaltet. Der Betrieb dieser Schrottmeiler birgt unbeherrschbare Risiken
103 für alle Europäer*innen. Darüber hinaus fordern wir ein neues Regelwerk auf europäischer
104 Ebene, das es Bürger*innen und Anrainerstaaten ermöglicht, Einfluss auf die
105 Sicherheitsanforderungen für grenznahe Atomkraftwerke nehmen zu können. Die Atomtransporte
106 in Europa müssen systematischer erfasst, transparenter gemacht und auf ein Minimum
107 beschränkt werden.

108 Nur durch milliardenschwere staatliche Beihilfen rechnet sich der Bau von Atomkraftwerken in
109 Europa überhaupt noch. Diese Subventionen sind möglich, weil immer noch auf Grundlage des
110 längst überholten Euratom-Vertrags entschieden wird. Alle Passagen dieses Vertrages, die
111 Investitionen, Forschungsförderung und Genehmigungsprivilegien im Bereich der Atomkraft
112 begünstigen und AKW-Projekten gegenüber anderen Energieträgern einen wettbewerbsverzerrenden
113 Vorteil verschaffen, müssen gestrichen werden. Der AKW-Rückbau und die Entsorgung von
114 Atommüll sollen zur Kernaufgabe von Euratom werden. Zudem müssen die EU-weit geltenden
115 einheitlichen Sicherheitsstandards wesentlich strenger werden. Ebenso ist ein neues
116 einheitliches europäisches Haftungsregime mit deutlich höheren Anforderungen notwendig;
117 Subventionierungen durch die Hintertür müssen beendet werden. Bei den Entscheidungen zu
118 Euratom wollen wir in Zukunft ein klares demokratisches Mitspracherecht durch das
119 Europäische Parlament. Damit die Energiewende europaweit gelingt, braucht es eine
120 Erneuerbare-Energien-Union.

121 CO₂ einen Preis geben und den Menschen das Geld

122 CO₂ muss einen Preis bekommen. Dieser Preis besteht nach unseren Vorstellungen aus zwei
123 Komponenten: Für alle Anlagen, die dem Emissionshandel unterliegen – das sind vor allem
124 Industrieanlagen sowie Kohle- und Gaskraftwerke –, sollte es einen Mindestpreis für CO₂
125 geben. Die letzte Reform des Emissionshandels war viel zu zaghaft, die Zertifikate sind
126 weiterhin viel zu billig und verfehlen damit ihre Wirkung. Daher müssen sie verknappt und
127 verteuert werden. Wir wollen, dass Deutschland zunächst mit einigen EU-Staaten die
128 Initiative ergreift und in einer regionalen Staatengruppe einen gemeinsamen CO₂-Mindestpreis
129 einführt; die Niederlande und Frankreich haben ihre Absicht dazu schon erklärt.
130 Perspektivisch wollen wir eine gesamteuropäische Lösung vorantreiben.

131 Für die Sektoren, die bislang nicht vom Emissionshandel erfasst werden, wie Verkehr, Wärme
132 und Landwirtschaft, braucht es eine Anpassung der Steuersätze auf Heizöl und Erdgas. Die
133 fossilen Energieträger müssen für ihren jeweils spezifischen CO₂-Ausstoß den wahren Preis
134 zahlen.

135 Da Steuern und Abgaben auf Verbrauch immer sozial schwächere Haushalte stärker belasten als
136 reichere, wollen wir die zusätzlichen Einnahmen aus der CO₂-Besteuerung an die
137 Verbraucher*innen zurückgeben. Unser Ziel ist die Schaffung eines Energiegeldes als Pro-
138 Kopf-Zahlung an die Menschen in Europa. Solange dies nicht europäisch umsetzbar ist, werden
139 wir in Deutschland vorangehen.

140 Beschäftigte beim Strukturwandel in Kohlerevieren unterstützen

141 Der Kohleausstieg wird auch dazu führen, dass Arbeitsplätze verloren gehen und neue in
142 Zukunftsbranchen entstehen. Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Betroffenen ernst und
143 lassen die Menschen nicht im Stich. Bei diesem Strukturwandel müssen wir die Beschäftigten
144 und die Regionen unterstützen, damit sie eine Perspektive haben. Im Europäischen Fonds für
145 regionale Entwicklung (EFRE) sollen „Kohleausstiegsregionen“ speziell gefördert werden. Neue
146 regionale Wirtschaftsschwerpunkte werden aufgebaut und passgenaue Weiterbildung wird
147 angeboten. Wir werden dafür ein Recht auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen in ganz
148 Europa verankern. Das hilft nicht nur den vom Strukturwandel Betroffenen, sondern ist auch
149 ein Mittel gegen Fachkräftemangel.

150 Europas Energie vernetzen

151 Selbst wenn Energiepolitik innerhalb der EU heute immer noch vor allem in der nationalen
152 Kompetenz liegt, sind die Mitgliedsländer durch den gemeinsamen Strommarkt eng miteinander
153 verbunden. Europa muss sich energiepolitisch weitgehend unabhängig machen. Doch die geplante
154 Gaspipeline Nord Stream 2 durch die Ostsee, die von Russland und der deutschen
155 Bundesregierung vorangetrieben wird und die osteuropäischen und baltischen Staaten nicht
156 miteinbezieht, konterkariert dieses Ziel und widerspricht dabei auch der gemeinsamen
157 europäischen Energieunion. Zudem ist Nord Stream 2 – wie auch neue Pipeline- und Fracking-
158 Projekte in anderen Ländern – klimapolitisch falsch, stellt die europäische Solidarität in
159 Frage und ist für die Ukraine politisch desaströs. Deshalb muss es gestoppt werden. Wir
160 brauchen nicht mehr Erdgas, sondern mehr Erneuerbare und Energieeffizienz.

161 Europa muss zusammenwachsen, auch im Strombereich. Mit einem gesamteuropäischen
Stromverbund

162 stärken wir die Versorgungssicherheit, indem Angebot und Nachfrage auf eine breitere Basis
163 gestellt werden. Damit schaffen wir ein gemeinsames Netz für ganz Europa und verbinden
164 Lissabon mit Helsinki. Wir beugen auch Lieferengpässen vor und sorgen für mehr
165 Unabhängigkeit.

166 Für Europa brauchen wir dringend ein intelligentes Stromnetz, das sowohl die erneuerbaren
167 Energien dezentral verknüpft und überregional verbindet als auch über flexibel steuerbaren
168 Stromverbrauch clever das zunehmend erneuerbare Stromangebot vernetzt. Dafür wollen wir eine
169 echte europäische Energienetzgesellschaft.

170 Nötig sind europäische Strom- und Gasnetze, die der Energiewende dienen und helfen, die
171 natürlichen Schwankungen der Erneuerbaren auszugleichen. Dieses Prinzip muss Leitschnur für
172 die Auswahl der transeuropäischen Netzbauprojekte sein. Wir wollen die Erzeugungspotenziale
173 in Europa vernetzen und dabei Maß und Mitte halten zwischen zentralen und dezentralen
174 Strukturen.

175 Risikotechnologien wie die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS), also die Einlagerung von
176 CO₂ in unterirdische Lagerstätten, und die Förderung von Erdgas und Erdöl durch Fracking
177 lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit, Trinkwasser und Umwelt ab.

178 Union für Energie- und Ressourceneffizienz

179 Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare schaffen Arbeitsplätze und reduzieren die
180 Kosten für die Verbraucher*innen. Wir wollen den Umstieg privater Verbraucher*innen auf
181 Geräte mit geringerem Energieverbrauch fördern sowie kleinen Unternehmen eine günstigere
182 Grundversorgung mit Strom und Wärme ermöglichen. Die vom EU-Parlament und Rat geschaffene
183 Ökodesign-Richtlinie legt für verschiedene Produktgruppen ökologische Mindeststandards fest.
184 Das ist richtig, reicht aber lange noch nicht aus. Wir wollen für weitere Produkte
185 ökologische Mindeststandards festlegen. So können wir ökologische Innovationen,
186 beispielsweise im Bereich Verkehr, fördern. Schlüssel für weniger Energieverbrauch sind der
187 Bereich Bauen und Wohnen und der Umstieg auf eine energieeffiziente Elektromobilität.

188 Wir wollen einen Wettbewerb um die ökologischste Produktionsweise entfachen. Die Ökodesign-
189 Richtlinie muss Recycling und Ressourceneffizienz fördern und fordern. Auch wollen wir
190 erreichen, dass die jeweils ressourcenschonendste Produktionsweise nach einiger Zeit zum
191 Standard erklärt wird, den dann alle einhalten müssen. Die Ökodesign-Richtlinie hat das
192 Potenzial, 90 Milliarden Euro pro Jahr an Energie- und Materialkosten einzusparen und 1
193 Million Jobs zu schaffen. Insgesamt können wir mit einer ressourcenschonenden
194 Wirtschaftsweise bis zu 2,8 Millionen neue Arbeitsplätze in Europa schaffen.

195 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 196 • einen europaweiten Ausstieg aus Kohle- und Atomstrom,
- 197 • Investitionen in intelligente Stromnetze und einen transeuropäischen Netzausbau,
- 198 • einen vernünftigen Preis für CO₂,
- 199 • ein Programm, das Arbeitnehmer*innen in Kohleausstiegsregionen unterstützt.

200 1.2 Europa verbinden mit grüner Mobilität

201 Europa lebt vom grenzüberschreitenden Austausch. Reisen, leben, lieben und arbeiten jenseits
202 nationaler Grenzen ist selbstverständlich geworden. Wir wollen ein Verkehrssystem in Europa
203 aufbauen, das den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ein System, das unsere
204 Lebensqualität steigert. Steigende CO₂-Emissionen verschärfen die Klimakrise, Stickoxide und
205 Feinstaub schädigen massiv die Gesundheit, und Staus auf zahlreichen Straßen rauben uns die
206 Zeit. Gleichzeitig fehlt in ländlichen Regionen ein flächendeckender Nahverkehr, sind Züge
207 unzuverlässig und Radwege oftmals in schlechtem Zustand. Das wollen wir ändern. Wir möchten
208 in Europa eine Mobilität, die klimaneutral, kostengünstig und für alle nutzbar ist und
209 Umwelt und Gesundheit schützt. Das bedeutet: weniger, aber dafür saubere und leise Autos,
210 mehr Car- und Bikesharing, bessere Zug- und ÖPNV-Angebote und eine bessere Vernetzung
211 unterschiedlicher Verkehrsträger in der Stadt und auf dem Land. Mittelfristig wollen wir
212 autofreie Innenstädte schaffen.

213 Europa braucht einen Paradigmenwechsel bei den Investitionen in Straßen: Statt Milliarden in
214 den Neubau zu stecken, muss die bröckelnde öffentliche Infrastruktur dringend saniert
215 werden. Wir wollen, dass auch der Verkehrssektor seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet.
216 Dazu fordern wir die Einführung eines CO₂-Preises auf fossile Treibstoffe wie Benzin und
217 Erdgas, damit saubere Antriebe im Verhältnis günstiger werden.

218 Auch den Fahrradverkehr wollen wir ausbauen. Mittlerweile gibt es 14 europäische
219 Fernradwege, die Euro-Velo-Routen. Diese wollen wir ausbauen, um den grenzüberschreitenden
220 Fahrradverkehr zu fördern.

221 Ein europäisches Schienennetz knüpfen

222 Um die grüne europäische Mobilität zu fördern, wollen wir, dass Europa auf der Schiene
223 zusammenwächst. Anstatt vorrangig milliardenschwere Großprojekte, wie Stuttgart 21, mit
224 wenig europäischem Nutzen zu finanzieren, müssen europäische Fördermittel gezielt für
225 bestehende und fehlende Abschnitte eingesetzt werden. Das europäische Eisenbahnnetz ist noch
226 immer ein Flickenteppich mit zahlreichen Lücken an den nationalen Grenzen. Wir wollen das
227 ändern. Das 2016 erstmals aufgelegte europäische Lückenschlussprogramm ist ein grüner
228 Erfolg, der deutliche Verbesserungen schafft. Aber schon jetzt wird deutlich, dass die
229 Nachfrage das Programm überfordert. Deswegen fordern wir eine Verdoppelung der Mittel. Damit
230 schaffen wir mit wenig Aufwand einen besseren grenzüberschreitenden Schienenverkehr. Davon
231 profitieren gerade die Menschen, die alltäglich darauf angewiesen sind.

232 Während man in Europa relativ einfach mit dem Auto über Grenzen fährt, müssen im
233 Schienenverkehr oftmals Loks, Personal und Stromnetz gewechselt werden. Das kostet nicht nur
234 Zeit, sondern macht den Zugverkehr insgesamt unattraktiver. Deshalb müssen die
235 unterschiedlichen nationalen Verkehrsnetze europaweit vereinheitlicht werden. Ein
236 gemeinsames Verkehrsnetz braucht gemeinsame Standards, von Ticketsystemen und Bahnsteighöhen
237 bis zu Sicherheitsstandards. Nur wenn die Kleinstaaterei aufhört, kann Europa mehr Personen-
238 und Güterverkehr auf die Schiene verlagern. Das schon das Klima und senkt die Belastung
239 durch Lärm und Schadstoffe. Wir brauchen massive Investitionen in transnationalen Güter- und
240 Personenverkehr. Wir setzen uns für die Wiederaufnahme europäischer Nachtzüge zwischen allen
241 Metropolen und einen funktionierenden Pendelverkehr in Grenzregionen ein.

242 Weltmarktführer für saubere Autos

243 Um die Mobilität der Zukunft zu prägen, muss Europa den Wandel in der Autoindustrie
244 anpacken. Neue Automobilhersteller, Mobilitätsdienstleister und Digitalkonzerne aus den USA
245 und China fordern die europäischen Hersteller heraus. Nur wer die saubersten, bequemsten und
246 intelligentesten Mobilitätslösungen anbietet, kann internationaler Marktführer bleiben.
247 Dabei geht es um unglaublich viel: Wertschöpfung, Arbeitsplätze, Klima- und
248 Gesundheitsschutz – um nur einige wenige Aspekte zu nennen.

249 Es sind vor allem die nationalen Regierungen und oft Deutschland, die in Brüssel die CO₂-
250 Grenzwerte für Autos verwässern, Diesel-Tricksereien vertuschen und strengere Abgastests
251 blockieren. Gerade die Große Koalition hat damit der Automobilindustrie einen Bärendienst
252 erwiesen. Wir Grünen wollen den nötigen Technologiewandel vorantreiben: weg vom fossilen
253 Verbrennungsmotor hin zu abgasfreien Antrieben. Dafür braucht es ambitionierte europäische
254 CO₂-Grenzwerte für Neuwagen, eine Förderung der europäischen Ladeinfrastruktur und eine
255 europaweite Quote für abgasfreie Neuwagen, damit ab 2030 möglichst nur noch abgasfreie Autos
256 neu zugelassen werden. Zudem brauchen wir strengere Kontrollen bei Abgastests und das Ende
257 der Steuerprivilegien bei Kraftstoffen. Außerdem wollen wir die Batteriezellenproduktion
258 sowie die Produktion von Wasserstoffautos europäisch unterstützen, um beim sauberen Auto
259 Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Auch beim ÖPNV wollen wir die
260 Elektromobilität voranbringen: Bahnstrecken müssen elektrifiziert und abgasfreie Busse
261 produziert werden.

262 In einem neuen umfassenden Mobilitätssystem wird das Auto vernetzt mit Bus, Bahn, Fahrrad
263 und Fußverkehr. Über Carsharing teilen sich Menschen Autos. Hinzu kommen neue Entwicklungen
264 wie die intelligente Verkehrssteuerung und autonome Autos, die unter den richtigen
265 Rahmenbedingungen mehr Klimaschutz, Sicherheit und Effizienz schaffen können. Wir wollen die
266 digitale, emissionsfreie Mobilität stärken und damit unsere Lebensqualität erhöhen. Dazu
267 wollen wir auf europäischer Ebene einen Förderwettbewerb für Städte starten, die den
268 Autoverkehr verringern und Carsharing, ÖPNV, Rad- und Fußverkehr gezielt ausbauen.

269 Umsteuern bei Flugverkehr und Schifffahrt

270 Auch den Flugverkehr und die Schifffahrt möchten wir auf einen nachhaltigen Kurs bringen.
271 Wir wollen, dass die EU sich auf internationaler Ebene für klare Klimaziele für die
272 Schifffahrt und den Flugverkehr einsetzt. Wir setzen daher auf eine einheitliche europäische
273 Regelung, die emissionsarme Kraftstoffe wie Wasserstoff aus erneuerbaren Energien in der
274 Schifffahrts- und Flugindustrie fördert. Landstromanschlüsse für Kreuzfahrt-, Container- und
275 Frachtschiffe sollen europaweit verbindlich werden.

276 Neben Nord- und Ostsee sollen weitere EU-Gewässer wie das Mittelmeer als
277 Emissionssonderzonen ausgewiesen und die Nutzung von Schweröl soll generell verboten werden.
278 Wir wollen darüber hinaus eine europaweite Abgabe für Kreuzfahrtschiffe einführen, ähnlich
279 der Flugverkehrsabgabe bzw. Kerosinsteuer. Derzeit sind Kreuzfahrtreisen nahezu von allen
280 Steuern ausgenommen, der Schiffstreibstoff steht den Reedern ebenfalls steuerfrei zur
281 Verfügung. Diese Ungleichbehandlung wollen wir abschaffen.

282 Auch im Luftverkehr kommt es darauf an, die unfairen Wettbewerbsvorteile abzuschaffen.
283 Internationale Flüge unterliegen weiter keiner Mehrwertsteuer und Kerosin wird nicht
284 besteuert. Das wollen wir ändern. Zudem muss der internationale Flugverkehr endlich in den
285 europäischen Emissionshandel einbezogen werden, um seinen Beitrag zum Schutz der Atmosphäre
286 beizutragen.

287 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 288 • Vorfahrt für die Schiene,
- 289 • die Förderung sauberer Autos und zukunftsfester Arbeitsplätze,
- 290 • eine Schifffahrt ohne Schweröl,
- 291 • ein Ende der Steuerbefreiung für Kerosin.

292 1.3 Ressourcenschonende Wirtschaftsdynamik entfachen

293 Europa steht vor der Jahrhundertaufgabe, seine Wirtschaft ökologisch und sozial
294 umzugestalten. In Politik und Wirtschaft gibt es viele, die sich offenbar vor dieser Aufgabe
295 scheuen und sie weiter vor sich herschieben wollen. Damit werden die Probleme aber größer.
296 Wir Grünen bleiben dagegen hartnäckig, wenn es darum geht, der Wirtschaft einen ökologischen
297 und sozialen Rahmen zu setzen. Erst dieser Rahmen ermöglicht es der Wirtschaft, in einem
298 fairen Wettbewerb ihre Innovationskraft, ihre Ingenieurskunst und ihre technologischen
299 Stärken unter Beweis zu stellen. Das wollen wir unterstützen.

300 Wir wollen eine Modernisierungsoffensive zur Förderung ressourcenschonender und CO₂-armer
301 Innovationen. Dafür brauchen wir eine industriepolitische Strategie, die die europäische
302 Wirtschaft fit für die Zukunft macht und eine neue Wirtschaftsdynamik entfacht. So vereinen
303 wir eine hohe Lebensqualität und gute Jobs mit dem Erhalt unserer natürlichen
304 Lebensgrundlagen. Ermutigend für die Perspektive einer ökologischen Transformation unserer
305 Wirtschaft ist es, wenn sich die europäische Stahlindustrie dazu bekennt, in den nächsten
306 Jahren auf CO₂-neutrale Stahlproduktion umzuschwenken.

307 Wir verbrauchen die Ressourcen und Rohstoffe unseres Planeten in einem atemberaubenden
308 Tempo. Für nachhaltigen Wohlstand brauchen wir eine Kreislaufwirtschaft, die wertvolle
309 Rohstoffe wiederverwertet. Deshalb muss die Förderung der europäischen Kreislaufwirtschaft
310 Zentralanliegen jeder ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik sein. Digitalplattformen

311 können dabei vor allem mit Blick auf industrielle Sekundärrohstoffe eine wichtige Rolle
312 spielen. Europa muss darauf achten, dass etwa im Bereich von Elektronikschrott nicht
313 wertvolle Ressourcen rücksichtslos auf Müllkippen in der ganzen Welt exportiert werden,
314 während durch Hightech-Recycling der Rohstoffverbrauch reduziert und Kosten für Unternehmen
315 und für die Umwelt verringert werden können. Besonderes Gewicht für die Recyclingwirtschaft
316 hat auch die europäische Plastikstrategie, deren Ziel es ist, die ständige Vermehrung von
317 Plastikmüll drastisch einzudämmen.

318 Geld nachhaltig anlegen und raus aus den Fossilen

319 Wir setzen uns dafür ein, Investitionen in fossile Brennstoffe zu stoppen – und sind damit
320 Teil der internationalen Divestment-Bewegung. Statt aus dem Raubbau an unserem Planeten
321 Profit zu ziehen, wollen wir in den Klimaschutz finanzieren. Das ist auch finanziell
322 sinnvoll, da die internationale Energiewende dazu führen wird, dass Investitionen in Kohle,
323 Öl und Gas mittelfristig abgeschrieben werden müssen. Grüne in Ländern und Kommunen haben es
324 vorgemacht: Auf ihren Antrag hin werden die Kommunal- und Landesfinanzen nachhaltig
325 ausgerichtet.

326 Der ökologische Umbau braucht massive Investitionen, die finanziert werden müssen. Heute
327 wird immer noch viel Kapital in alten fossilen Technologien angelegt. Das ist nicht nur ein
328 ökologisches Problem, sondern gefährdet auch die Stabilität der Finanzmärkte und die
329 Altersvorsorge der Menschen. Wir wollen Finanzmärkte, die nicht in die Vergangenheit,
330 sondern in die Zukunft investieren. Nachhaltige Kapitalanlagen sind dazu ein Wachstumsmarkt,
331 der den Finanzplatz Europa stabiler und zukunftsfähig macht.

332 Grüne Anleihen wollen wir europaweit stärken und eine einheitliche Klassifizierung schaffen.
333 Wir fordern eine Richtlinie für ökologische Transparenz am Finanzmarkt, damit Anleger
334 wissen, wie ökologisch ihre Geldanlage ist. Wir wollen ein europäisches „Green Finance
335 Label“ für Investitionen und Anlagen einführen, die die höchsten Nachhaltigkeitskriterien
336 erfüllen. Außerdem wollen wir ökologische und soziale Ziele in der
337 Unternehmensberichterstattung verpflichtend machen und ein unabhängiges Siegel für
338 nachhaltige Geldanlagen einführen.

339 Der Staat ist selbst ein sehr großer Nachfrager von Gütern. Zukünftig wollen wir auch das
340 öffentliche Beschaffungswesen an verbindliche ökologische, soziale und Fairtrade-Kriterien
341 knüpfen. Damit schaffen wir einen gewaltigen Markt für Unternehmen, die ökologisch und
342 sozial wirtschaften. Staatliche Subventionen für klimaschädliches Wirtschaften wollen wir
343 abschaffen.

344 Wir wollen die Mittel des Zukunftsfonds im EU-Haushalt für die soziale und ökologische
345 Modernisierung der europäischen Wirtschaft und Infrastruktur nutzen und vor allem kleinen
346 und mittleren Unternehmen sowie dem Handwerk den Zugang zu europäischen Förderprogrammen
für
347 energie- und ressourceneffiziente Produktion erleichtern.

348 Wirtschaftspolitik richtet sich oft nur an profitorientierten Unternehmen aus. Dabei werden
349 Chancen vertan, die Genossenschaften und soziale Unternehmen bieten. Wir wollen eine
350 Strategie der EU zur Förderung der Gemeinwohlökonomie. Sie soll künftig in die
351 Unternehmensberichterstattung und in EU-Förderprogramme integriert werden. Unternehmen mit
352 Gemeinwohlorientierung sollen durch eine anerkannte Kennzeichnung gestärkt und bei
353 öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden.

354 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 355 • das Anlegen öffentlicher Gelder in nachhaltigen Geldanlagen (Divestment),
- 356 • ein nachhaltiges Finanzsystem und ökologisch transparente Geldanlagen,
- 357 • eine Stärkung der Gemeinwohlökonomie.

358 1.4 Natur und Umwelt schützen

359 Sauberes Wasser, reine Luft, gesunde Böden und intakte Landschaften bilden unsere
360 Lebensgrundlagen. Aber diese sind bedroht. Der ehemals große Reichtum an Tieren, Pflanzen
361 und Lebensräumen schwindet täglich. Lebensräume gehen verloren, Arten sterben aus. Auf den
362 Wiesen und in den Wäldern wird es stiller, es brummt, summt und zwitschert immer weniger:
363 Die Vogelpopulation in Deutschland hat sich in den letzten 30 Jahren halbiert, die Anzahl
364 von Insekten ist seit 1989 um bis zu 80 % zurückgegangen. Rund ein Drittel der bei uns
365 heimischen Arten sind bedroht, darunter viele Bienen. Auch in anderen europäischen Ländern
366 sieht die Situation nicht viel besser aus.

367 Wir setzen unsere ganze Kraft dafür ein, den negativen Trend beim Artensterben zu stoppen.
368 Wir wollen eine artenreiche und intakte Natur erhalten und dort wiederherstellen, wo sie
369 bereits Schaden genommen hat. Das bedeutet auch, dass wir Natura-2000-Gebiete verteidigen,
370 verbessern und Schutzgebiete wo möglich vergrößern.

371 Die EU, und damit ihre Mitgliedstaaten, hat sich im Rahmen der Vereinten Nationen
372 verpflichtet, den Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume bis 2020
373 aufzuhalten – und wird diese Ziele voraussichtlich deutlich verfehlen. Wir fordern daher,
374 umgehend eine ambitionierte europäische Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt für
375 den Zeitraum nach 2020 und ein Nachfolgeprogramm für das 7. Umweltaktionsprogramm zu
376 erarbeiten. Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung wollen wir darin als neue
377 Leitprinzipien verankern.

378 In den letzten Jahren war es immer wieder die Europäische Union, die im Bereich der Umwelt-
379 und Naturschutzgesetzgebung Druck gemacht hat. Und es waren die nationalen Regierungen, die
380 sie verwässert oder nicht erfüllt haben. Dann sanktioniert die EU: Um einen der letzten
381 intakten Urwälder in Europa zu retten, hat der Europäische Gerichtshof die polnische
382 Regierung durch Androhung von Strafzahlungen gezwungen, die Abholzung des Białowieża-Waldes
383 zu stoppen. Ebenso hat die EU Deutschland aufgrund der zu hohen Nitratwerte in unserem
384 Wasser verurteilt.

385 Die gute gesetzliche Grundlage beim europäischen Umwelt- und Naturschutz muss von der EU-
386 Kommission und den Mitgliedstaaten umfassend umgesetzt werden. Hierzu sind auf allen Ebenen
387 personelle und finanzielle Kapazitäten zu schaffen. Außerdem muss die EU-Kommission ihre
388 Rolle als Hüterin der Verträge und des EU-Rechts ernst nehmen und hierfür Verstöße gegen das
389 europäische Umweltrecht konsequent durch Vertragsverletzungsverfahren ahnden.

390 Umweltschädliche Subventionen wollen wir abbauen und den Naturschutz besser finanzieren.
391 Außerdem wollen wir transeuropäische grüne Korridore für Biotope vorantreiben. Um
392 Lebensgrundlagen in der EU zu erhalten, braucht es eine intakte Natur. Dafür fördern wir
393 mehr Wildnisflächen: Möglichst bis 2030 wollen wir die Wildnisflächen in Europa verdoppeln.
394 Dafür muss Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen und sein beschlossenes Ziel von 2 %
395 Wildnis bis 2020 umsetzen. Doch all das bringt uns nur voran, wenn wir das mit einer
396 Agrarwende, weniger Pestiziden auf den Feldern und mehr ökologischem Landbau verbinden.

397 Für Umwelt- und Tierschutzverbände wollen wir ein volles Verbandsklagerecht schaffen, damit
398 der Umweltschutz gegenüber kurzfristigen Industrieinteressen gestärkt wird. Wir wollen die
399 Entscheidungsprozesse demokratisieren, indem wir die Bürgerbeteiligung stärken und
400 Lobbyismus regulieren.

401 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 402 • den Schutz einzigartiger Kulturlandschaften und Urwälder in Europa,
- 403 • grenzüberschreitende Biotope,
- 404 • eine bessere Naturschutzfinanzierung,
- 405 • ein Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzorganisationen

406 1.5 Die Landwirtschaft so verändern, dass sie unsere Lebensgrundlagen bewahrt

407 Wir streiten und werben für eine vielfältige, nachhaltige, regional verankerte, bäuerliche
408 Landwirtschaft, die Natur und Tiere schont und gesundes Essen für uns alle erzeugt. Wir
409 wollen eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer europäischen Agrar- und
410 Ernährungspolitik, die im Einklang ist mit den europäischen Zielen in der Klima-, Umwelt-,
411 Verbraucher- und Entwicklungspolitik. Zudem möchten wir die vielfältigen Kulturlandschaften
412 in Europa und lebendige ländliche Räume mit zukunftsfesten Betrieben erhalten. Deswegen
413 streiten wir für die europäische Agrarwende: für den Aufbau einer nachhaltigen
414 Lebensmittelproduktion, die sowohl eine gesunde Ernährung sichert als auch hohen Umwelt- und
415 Tierschutzstandards genügt und faire Preise für die Landwirt*innen erzielt.

416 Zusammen mit Landwirt*innen und Umweltverbänden haben wir schon viel erreicht: Immer mehr
417 Verbraucher*innen in der EU wollen gesunde, ökologisch und regional produzierte
418 Lebensmittel. Daher ist Bio-Landbau längst ein fester Bestandteil der europäischen
419 Landwirtschaft geworden. Genauso setzen sich immer mehr Menschen in der EU mit uns für
420 bessere Tierhaltung und mehr Umweltschutz in der Landwirtschaft ein, wie zuletzt die
421 europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat gezeigt hat. Doch der Handlungsdruck bleibt
422 groß.

423 Durch intensive Landwirtschaft und Monokulturen gehen noch immer europaweit fruchtbare Böden
424 verloren, das Artensterben geht ungebremst weiter, der Pestizideinsatz ist ungemindert hoch
425 und industrielle Tierhaltung degradiert Tiere zu Rohstoffen. Die Landwirtschaft, eine der
426 Hauptbetroffenen der Klimakrise, ist selbst für einen nicht geringen Anteil des Ausstoßes
427 klimaschädlicher Gase und damit mit für die Erderhitzung verantwortlich.

428 Es ist höchste Zeit, eine Agrar- und Ernährungspolitik zu entwickeln, die die europäische
429 Landwirtschaft zukunftsfähig macht. Der Schutz von Klima, Boden, Wasser, Artenvielfalt und
430 Tierwohl steht im Mittelpunkt dieser neuen Landwirtschaftspolitik. Die europäische
431 Agrarpolitik sollte dazu beitragen, dass die Konsum- und Produktionsstrukturen in Europa
432 nicht die natürlichen Ressourcen und die Lebensgrundlagen bei uns in Europa und in sich
433 entwickelnden Ländern zerstören, indem EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreisen die Märkte
434 Afrikas, Asiens und Lateinamerikas überfluten. Vielmehr muss sie dazu beitragen, dass die
435 bäuerliche Landwirtschaft in Europa erhalten wird und die nachhaltigen Entwicklungsziele
436 erreicht werden.

437 Qualität statt Masse – Neuausrichtung der Agrarförderung

438 Um die europäische Landwirtschaft an die gesellschaftlichen Herausforderungen anzupassen,
439 muss sich vor allem die EU-Agrarförderung grundlegend ändern. Immer noch kommt der

440 größte Teil der bisher knapp 60 Milliarden Euro, mit denen die Landwirtschaft jährlich
441 subventioniert wird, insbesondere großen Betrieben zugute und fördert so Umweltzerstörung,
442 Industrialisierung und Exportorientierung. Die Mittel belohnen zudem pauschal Bodenbesitz.

443 Eine neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) dagegen muss Leistungen der Landwirtinnen und
444 Landwirte für das Gemeinwohl fördern und ihnen so Alternativen zum Prinzip „wachse oder
445 weiche“ eröffnen. Der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, eine artgerechte und eine
446 flächengebundene Tierhaltung würden dann gezielt unterstützt. Betriebe, die weniger oder gar
447 keine Pestizide einsetzen, unser Wasser sauber halten, würden also deutlich mehr Förderung
448 bekommen als industriell wirtschaftende Betriebe. Nur mit dem Prinzip „öffentliches Geld für
449 öffentliche Leistung“ lassen sich die hohen Zahlungen noch rechtfertigen.

450 Die Vorgaben für diese Leistungen müssen auf EU-Ebene definiert werden, damit die
451 Mitgliedstaaten nicht um den niedrigsten Standard konkurrieren. Voraussetzung für jedwede
452 Förderung ist das Einhalten von Umweltstandards, die ebenfalls für alle Mitgliedstaaten auf
453 EU-Ebene festgelegt werden müssen. Im Rahmen der GAP fordern wir einen 15 Milliarden Euro
454 schweren Naturschutzfonds.

455 Landspekulationen und Aufkauf von Land eindämmen

456 Landgrabbing, das heißt das Aufkaufen von landwirtschaftlichen Flächen als
457 Investitionsobjekten durch Kapitalanleger und Staaten, sowie eine verzerrende
458 Strukturpolitik bedrohen die vielfältige, solide und nachhaltige bäuerliche
459 Landwirtschaftsstruktur, auch in Europa.

460 Bäuerliche Betriebe sollen vor Agrarkonzernen und Bodenspekulation geschützt werden, etwa
461 durch verpflichtende Obergrenzen für Agrarzahungen pro Nutznießer (und nicht nur pro
462 Tochterunternehmen), mehr Geld für die ersten Hektare, um kleine und mittlere Betriebe zu
463 unterstützen, Einstiegserleichterungen für Neugründungen, Transparenz der
464 Eigentumsverhältnisse, Monitoring der Preise und des Zustands des Bodens durch eine
465 europäische Beobachtungsstelle. Landwirtschaftlicher Boden ist ein öffentliches Gut und muss
466 vor Spekulationen geschützt werden.

467 Trinkwasser und Gewässer schützen

468 Wasser ist ein kostbares Gut, das geschützt werden muss. Der Zugang zu sauberem Wasser ist
469 ein Menschenrecht. Doch fast 2 Millionen Menschen in Europa haben keinen ordentlichen Zugang
470 zu Trinkwasser oder sanitärer Versorgung. Die Klimaerhitzung verschärft diese Situation. In
471 südlichen Ländern wie Spanien, Italien oder Griechenland wird Wasser bereits zu einem immer
472 knapperen Gut. Unsere Art zu konsumieren und zu wirtschaften verschwendet und verschmutzt
473 Wasser zu leichtfertig. Um das Menschenrecht auf Wasser in der EU zu verankern, gründete
474 sich 2012 die Europäische Bürgerinitiative Right2Water, die wir von Anfang an unterstützt
475 haben. Knapp 1,7 Millionen Europäerinnen und Europäer aus 13 EU-Mitgliedstaaten trugen diese
476 erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative. Wir werden uns weiterhin jedem Versuch
477 entgegenstellen, die öffentliche Wasserversorgung zum Investitionsobjekt für internationale
478 Unternehmen zu machen.

479 Unser Leitbild sind lebendige Flüsse und Seen in Europa, die in einem guten ökologischen
480 Zustand sind. Gesunde Gewässer sind besonders wertvolle Ökosysteme, denn sie garantieren
481 Artenreichtum. Doch davon sind wir in vielen Teilen Europas noch meilenweit entfernt.
482 Deshalb setzen wir uns vehement für eine ambitionierte Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
483 ein und werden diese durch entsprechende Leitfäden konkretisieren. Außerdem wollen wir den
484 Antibiotikaeinsatz, eine Gülleüberproduktion und den Einsatz gefährlicher Pestizide in der
485 Landwirtschaft weiter zurückdrängen.

486 Insekten- und Vogelsterben aufhalten – Glyphosat vom Acker!

487 Die industrielle Landwirtschaft ist eine Hauptursache für das Artensterben. Wichtige
488 Lebensräume für Tiere und Pflanzen gehen durch Ackergifte, Überdüngung, Monokulturen,
489 intensive Landnutzung und fehlende Wildnis verloren.

490 Wir reduzieren den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft drastisch, indem wir die
491 giftigsten Pestizide sofort verbieten – darunter auch alle Neonikotinoide, denn sie schaden
492 unseren Insekten und Bienen massiv. Für das Ende des Totalherbizids Glyphosat setzen wir uns
493 weiterhin mit aller Kraft ein – und machen Druck auf die Bundesregierung, die schon einmal
494 auf europäischer Ebene für die Verlängerung der Glyphosat-Zulassung gestimmt hat. Die
495 Zulassungsverfahren für Pestizide wollen wir auf Basis eines gestärkten Vorsorgeprinzips
496 reformieren und das zugrunde liegende Wissenschaftsprinzip transparenter machen. Es braucht
497 dringend eine unabhängige Risikobewertung sowie strenge Kontrollmechanismen.

498 Fischbestände schützen

499 Wir machen uns stark für eine nachhaltige EU-Fischereipolitik, die dafür sorgt, dass unsere
500 Meere geschützt und Fischarten nicht überfischt werden. Nur die nachhaltige Bewirtschaftung
501 von Fischbeständen gibt der Fischerei eine Zukunft. Um der katastrophalen Plünderung der
502 Meere und der Fischbestände Einhalt zu gebieten, reichen kosmetische Korrekturen der EU-
503 Fischereipolitik nicht aus. Fangquoten müssen verbindlich an wissenschaftlichen Kriterien
504 ausgerichtet werden, statt rein politisch festgelegt zu werden. Die Tiefseefischerei und
505 besonders umweltschädliche Fangmethoden wollen wir gänzlich verbieten. Die EU soll
506 bestehende Meeresschutzgebiete ausweiten, neue schaffen und die Gebiete effektiv sichern.

507 Tierwohl stärken

508 Gerade angesichts der Klimakrise brauchen wir eine Abkehr von den großen Tierbeständen.
509 Neben den ökologischen Problemen wird schlicht die Futtergrundlage zu knapp. Deshalb sollten
510 alle Förderungen daran gekoppelt werden, dass die Anzahl der Tiere pro Fläche begrenzt wird.
511 Ein Betrieb sollte also nur so viele Tiere haben, wie er mit dem Ertrag seiner Flächen
512 grundsätzlich ernähren kann.

513 Viel zu häufig konkurrieren die EU-Länder um die niedrigsten Preise und reduzieren so die
514 Tierschutzstandards. Wir wollen hingegen, dass die EU alle Tiere durch neue Gesetzgebung und
515 ordnungsgemäße Durchführung bestehender Regelungen schützt.

516 Je weniger Tiertransporte, desto besser für die Tiere. Falls Transporte nicht vermieden
517 werden können, müssen sie so unstrapaziös wie möglich sein. Daher fordern wir, dass Tiere
518 verpflichtend zu einem nahe gelegenen Schlachthof gebracht werden müssen – statt zu dem, der
519 am billigsten arbeitet. Tiertransporte für Schlachttiere wollen wir auf maximal vier Stunden
520 begrenzen. Wir wollen regionale Schlachtstätten und mobile Schlachteinrichtungen fördern
521 sowie regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen aufbauen, um eine Infrastruktur
522 für regionale, tierschutzkonforme Schlachtung zu schaffen.

523 Exporte lebender Schlachttiere in Länder außerhalb der EU sowie jede Form von Klonen und
524 Qualzucht wollen wir verbieten. Das Verbot von Tierversuchen in der Kosmetik muss konsequent
525 umgesetzt und auf weitere Produkte ausgeweitet werden. Zusätzlich benötigen wir eine
526 Förderung für die Erforschung von Alternativen. Auch Straßentiere müssen in Europa ein
527 würdiges Leben haben. Wir fordern ein Ende der Tötung von streunenden Katzen und Hunden.
528 Stattdessen müssen öffentliche und private Maßnahmen der Geburtenkontrolle, etwa die
529 Kastration, gestärkt werden.

530 Wildtiere wollen wir besonders schützen. Hierfür sind internationale Arten- und
531 Naturschutzabkommen konsequent umzusetzen. Wir wollen illegalen Wildtierhandel in Europa
532 bekämpfen und den Import von Wildfängen in die EU verbieten.

533 Landwirtschaftliche Ökosysteme stärken – Gentechnik konsequent regulieren

534 Eine andere Landwirtschaft bedeutet auch anders anzubauen – gerade im Lichte der
535 Klimaauswirkungen. Das Potenzial verschiedenster Anbaumethoden, robuste landwirtschaftliche
536 Ökosysteme zu bilden – über Push-and-Pull-Techniken und Permakultur bis zu
537 Agroforstsystemen –, ist riesig, ebenso wie das Potenzial ökologischer Anbautechniken,
538 widerstandsfähig gegenüber Krankheiten, Trockenheit, Versalzung, Vernässung zu sein. Dieses
539 Potenzial ist aber in Europa nur in Ansätzen erforscht. Wir fordern daher eine deutlich
540 stärkere Forschungsförderung in diesem Bereich. Denn aktuell werden agrarökologische
541 Methoden – zu denen auch der zertifizierte Ökolandbau gehört – in Europa und weltweit nur
542 mit einem Bruchteil der finanziellen Mittel erforscht und weiterentwickelt, die
543 konventionelle und gentechnische Ansätze erhalten.

544 Wir Grünen lehnen seit vielen Jahren die Agrogentechnik ab, anders als Gentechnik im
545 medizinischen Bereich und bei der industriellen Produktion. Die großen Probleme, die Länder
546 wie die USA oder Argentinien als Folge des Einsatzes von Gentechnik haben – wie ein massiver
547 Einsatz von Totalherbiziden wie Glyphosat, Superunkräuter, Gefährdung landwirtschaftlicher
548 Vielfalt, die große Monopolmacht der Agrarkonzerne sowie die eingeschränkte
549 Verbraucherefreiheit –, unterstreichen, wie wichtig diese Ablehnung war und ist.

550 Daher ist es essenziell, dass das Vorsorgeprinzip entsprechend der Entscheidung des EUGH
551 auch gegenüber neuen Verfahren in der Gentechnik europaweit angewandt wird. Weil
552 gentechnische Veränderungen nicht rückholbar sind, muss sichergestellt werden, dass keine
553 Organismen freigesetzt werden, die Schaden anrichten. Ob die Probleme, die es bei der
554 herkömmlichen Gentechnik gibt, bei neuen gentechnischen Verfahren wie CRISPR/Cas zum Tragen
555 kommen, muss in jedem einzelnen Zulassungsverfahren im Sinne des europäischen
556 Vorsorgeprinzips geklärt werden.

557 Der Einsatz von Gentechnik ist aber nicht nur eine Frage der gesetzlichen Zulassung, sondern
558 vielmehr eine Frage der Ethik und der gesellschaftlichen Akzeptanz. Deshalb muss der weitere
559 Umgang mit neuen gentechnischen Verfahren breit gesellschaftlich diskutiert werden.

560 In diesem Zusammenhang halten wir es auch grundsätzlich für höchst problematisch, dass bei
561 der finalen Zulassung einzelner Konstrukte der Ständige Ausschuss und die Mitgliedstaaten
562 ohne das Europäische Parlament entscheiden. Das können wir so nicht akzeptieren. Wir Grünen
563 werden uns dafür einsetzen, dass das Parlament bei dieser Entscheidung angemessen beteiligt
564 und gehört wird.

565 Eine klare Kennzeichnung von Gentechnik ist zentral. Auch Produkte von Tieren, die mit
566 gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, müssen als solche gekennzeichnet
567 werden.

568 Für den Schutz des gentechnikfreien konventionellen und ökologischen Landbaus ist ein
569 Standortregister nach wie vor unverzichtbar. Die Regelungen zur gesamtschuldnerischen
570 Haftung sind entsprechend so zu gestalten, dass Mehrkosten und Aufwand, der für den
571 konventionellen, gentechnikfreien und ökologischen Landbau entsteht, den Nutzern von Sorten,
572 die mit neuer Gentechnik hergestellt wurden, angerechnet werden.

573 Keine Patente auf Saatgut, Pflanzen und Leben – Klonen, nein danke!

574 Das zentrale Problem beim Herumexperimentieren am Saatgut ist dessen Patentierbarkeit. Sie
575 führt zu immer größeren Monopolen der Agrarkonzerne. Landwirte werden damit abhängig
576 gemacht, gerade in den Entwicklungsländern mit fatalen Folgen. Problematisch ist zudem, dass
577 Pestizide bei gentechnisch veränderten Pflanzen häufig eingesetzt werden und die
578 Wahlfreiheit der Verbraucher*innen unterlaufen wird.

579 Der entscheidende Kampf ist daher der um ein Verbot von Patenten auf Saatgut und Leben
580 insgesamt. Züchtung muss, wie seit Jahrtausenden, ein Open-Source-System bleiben. Das Recht
581 auf Nahrung ist ein Menschenrecht und damit darf es keine Patente auf Pflanzen und auf Tiere
582 geben.

583 Zugleich fordern wir ein dauerhaftes Verbot des Klonens in der EU. Den Import von Klonen
584 sowie von Produkten von deren Nachkommen lehnen wir ab. Es kann nicht sein, dass Milch und
585 Fleisch von Nachkommen von Klontieren ungekennzeichnet auf den europäischen Markt kommen.

586 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 587 • eine Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik an ökologischen Kriterien,
- 588 • sauberes Wasser in ganz Europa,
- 589 • ein Verbot von Glyphosat und giftigen Pestiziden,
- 590 • eine EU-Fischereipolitik, die unsere Fischbestände erhält,
- 591 • konsequente Regulierung und Transparenz bei Gentechnik ein Verbot von Patenten auf
592 Saatgut, Pflanzen und Tiere.

593 1.6 Europa vom Plastikmüll befreien

594 Unser Ziel ist ein Europa ohne Plastikmüll, mit sauberen Meeren, einem reichhaltigen
595 Fischbestand und einer Natur ohne Müll. Die Realität sieht bedrückend anders aus: In den
596 Ozeanen schwimmen Plastikmüllteppiche von der Größe Mitteleuropas. Auch unsere Flüsse und
597 Böden leiden unter der zunehmenden Vermüllung. Wenn wir jetzt nicht radikal umsteuern, wird
598 es 2050 mehr Plastik als Fische im Meer geben. Inzwischen findet sich Mikroplastik sogar in
599 der Arktis und im Gletschereis – obwohl dort nahezu keine Menschen leben.

600 Ein erster Schritt dagegen ist ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und
601 Pflegeprodukten. Denn Mikroplastik schadet nicht nur den Fischen, sondern kann
602 möglicherweise auch für unsere Gesundheit schädlich sein. Mikroplastik wurde schon in Salz,
603 Bier und Mineralwasser nachgewiesen. Welche giftigen Plastikzusätze wir dadurch zu uns
604 nehmen, weiß bisher niemand genau. Auch für das Klima ist Mikroplastik schlecht. Denn durch
605 den Zerfall in immer kleinere Partikel wird Methan freigesetzt – das wiederum zur Erhitzung
606 unserer Erde beiträgt.

607 Plastikflut eindämmen

608 Das Importverbot für Plastikmüll, das China Anfang 2018 verhängt hat, beweist, welch
609 riesiges Problem wir haben. Allein aus Europa importierte China rund 1,5 Millionen Tonnen
610 Plastikmüll pro Jahr. Seither müssen die Mitgliedstaaten ihre Müllberge selbst in die Hand
611 nehmen.

612 Um die zunehmende Plastikflut einzudämmen, brauchen wir anspruchsvolle Minderungsziele für
613 Plastikabfälle und höhere Recyclingquoten. Bis 2030 müssen wir unseren Verpackungsabfall in
614 der EU um 50 % reduzieren. Außerdem darf es nicht sein, dass Plastikmüll weiterhin deponiert
615 wird. Das wollen wir ändern. Ab 2030 müssen alle in der EU in den Verkehr gebrachten

616 Kunststoffprodukte wiederverwendbar oder komplett abbaubar sein oder kosteneffizient
617 recycelt werden können.

618 Plastik ist nicht per se schlecht. Für viele Einsatzgebiete, etwa in der Medizin, ist
619 Plastik ein wichtiger und sinnvoller Werkstoff. Problematisch ist die zunehmende Verwendung
620 von Plastik für Einweg- und Wegwerfprodukte. Denn als langlebiges Produkt darf Plastik nicht
621 in erster Linie für wenige Minuten verwendet werden, wie das beispielsweise bei Trinkhalmen
622 der Fall ist. Da, wo es Alternativen gibt, müssen sie auch genutzt werden. Die Europäische
623 Kommission hat dieses Problem in ihrer Plastikstrategie aufgegriffen und unter anderem ein
624 Verbot von Wegwerfprodukten aus Plastik wie Wattestäbchen, Plastikgeschirr und auch
625 Trinkhalmen angestoßen. Das ist ein guter erster Ansatz, reicht jedoch noch nicht, um den
626 Massen an Einwegplastik umfangreich Einhalt zu gebieten.

627 Zudem braucht es eine EU-weite Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte. Eine solche Abgabe bietet
628 den Anreiz, Verpackungsmüll zu reduzieren, indem die Rohstoffe verteuert werden. Zugleich
629 kann dadurch der Anteil von recyceltem Plastik gesteigert werden. Erdöl und Erdgas zur
630 Produktion von Kunststoffen dürfen nicht subventioniert werden. Die Besteuerung von Plastik
631 muss in eine umfassende und ambitionierte Strategie zur Einsparung und Vermeidung von
632 Plastik, zur Steigerung des Mehrweganteils und für besseres Produktdesign eingebettet
633 werden. Dazu gehört auch, die Forschung und Entwicklung von alternativen Materialien
634 auszubauen.

635 Recycling stärken

636 Wir wollen das Recycling von Plastik stärken. Auch hier bietet die Plastikstrategie der EU-
637 Kommission einen guten Ansatz, der jedoch erweitert werden sollte. Die Recyclingkapazitäten
638 in der EU müssen massiv ausgebaut werden. Dazu brauchen wir ein ökologisches und
639 recyclingfreundliches Produktdesign. Die Verpackungsindustrie muss hierzu ihren Beitrag
640 leisten. Denn immer mehr Verpackungen setzen sich aus vielen unterschiedlichen Materialien
641 zusammen – was die Recyclingfähigkeit einschränkt.

642 Getränkeflaschen sind ein Alltagsprodukt aus Plastik. Doch während wir in Deutschland ein
643 funktionierendes Mehrwegsystem haben, besteht auf europäischer Ebene noch Handlungsbedarf.
644 Qualitativ hochwertige Plastikflaschen können rund 40 Mal wieder befüllt werden. Das ist
645 wesentlich ökologischer als Einmalflaschen, die direkt in den Müll wandern. Unser Ziel ist
646 eine Mehrwegquote in der EU. Deutschland, Österreich und Portugal sind hier schon sehr viel
647 weiter als andere Mitgliedstaaten. Daher muss eine solche Quote zunächst gestaffelt
648 aufgebaut werden, um allen die gleichen Chancen zu geben. Für Einweggetränkeflaschen
649 brauchen wir ein EU-weit einheitliches Pfandsystem. Denn gerade diese Wegwerfprodukte
650 vermüllen unsere Landschaften, Strände und Meere.

651 Mit einer ambitionierten Strategie für ein plastikmüllfreies Europa können wir Vorbild sein.
652 Die Europäische Union muss sich aber auch für eine internationale Plastikkonvention unter
653 dem Dach der Vereinten Nationen einsetzen. Schließlich kennt Plastikmüll keine Grenzen.

654 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 655 • ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und Pflegeprodukten,
- 656 • eine europäische Plastiksteuer,
- 657 • verbindliche Mehrwegquoten,
- 658 • ein EU-weit einheitliches Pfandsystem für Einweggetränkeflaschen.